Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Selbstabholer zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, bei jeder Post am Ort Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anzeigenpreis: Preis für die einspaltige Garmondzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Geschäfts- und Vereinsanzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 30 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. **Organ für die werktätige Bevölkerung.** Telephon Expedition 1206.

Nr. 55. Mittwoch, den 6. März 1907. 18. Jahrgang.

Die Wahlen in London.

Endlich ist nun auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei in das Londoner Stadtparlament, das größte und reichste der ganzen Welt, eingezogen. Leider — ein tückischer Zufall! — ist in demselben Augenblicke auch die bisherige reaktionäre Minderheit zur Macht gelangt. Die Partei der Progressisten, die bisher Großartiges für die Stadt geleistet, ist leider den Konservativen, die sich dort „Munizipalreformer" nennen, unterlegen. Bevor wir jedoch die Resultate der am 2. März vollzogenen Wahlen mitteilen, sei einiges zur Orientierung über das Gebiet selbst gesagt:

Die Grafschaft oder Munizipalität von London ist ein [illegible] isches Gebiet, ein Komplex von 29 Gemeinden, die zu Wahlzwecken in 58 Kreise eingeteilt sind. Die parlamentarischen und munizipalen Wahlkreise sind, abgesehen von einzelnen unbedeutenden Grenzverschiebungen, in London dieselben.

Diese Munizipalität, die größte und reichste der Welt, wird von einem Grafschaftsrat (County Council) verwaltet. Der Grafschaftsrat ist der Staatsregierung gegenüber selbstherrlich, wie sich überhaupt England durch Gemeinde-Autonomie auszeichnet; und worin auch eines der Kennzeichen eines freien Landes besteht. Je unabhängiger die Lokalregierung von der Zentralregierung (Staatsregierung) ist, desto freier ist ein Land. Und umgekehrt, je mehr sich die Zentralregierung in die Angelegenheiten der Gemeinden mischen darf, desto unfreier ist ein Land. Dies gilt nur für den bürgerlichen Staat, für den nationalen Staat.

Der Londoner Grafschaftsrat besteht aus 118 Räten; 57 Wahlkreise wählen je zwei Räte, während die City, die innere Stadt, das kommerzielle und finanzielle Herz des britischen Reiches, 4 Räte wählt. Diese 118 Räte wählen 19 Aldermen. An der Spitze des Grafschaftsrates steht ein Präsident, der selbstredend der königlichen Bestätigung nicht bedarf. Der Präsident des Grafschaftsrates ist nicht mit dem Lord Mayor (Oberbürgermeister) zu verwechseln. Der Lord Mayor ist nur der oberste gewählte Beamte der City, der inneren Stadt, also eines kleinen Bruchteils der Munizipalität von London; obwohl der Lord Mayor in den Augen des Auslandes eine große Rolle spielt, was meistens auf Unkenntnis der wahren Sachlage oder auf Tradition zurückzuführen ist. Trotz des Grafschaftsrates ist London noch stark dezentralisiert und hat gegenwärtig nicht weniger als 72 verschiedene administrative Körperschaften: Grafschaftsrat, City-Korporation, 28 Gemeindeverwaltungen, 31 Armenverwaltungen, Polizeiverwaltung, Asylbehörden. Alle arbeiten fast unabhängig von einander und greifen in fremde Kompetenzgebiete ein, was zu Geldverschwendungen führt. Es sind Ueberreste aus alten Zeiten, die in die moderne Londoner Verwaltung hineintragen und die Bewegungen des Grafschaftsrates hemmen.

Der Grafschaftsrat beruht, gleich dem britischen Parlamente, auf dem Zwei-Parteien-System. Diejenige Partei, die bei den Wahlen die Mehrheit erhält, gelangt zur Regierung. Die beiden Parteien des Grafschaftsrates sind: die Progressisten und die Gemäßigten. Die Progressisten bestehen aus Anhängern einer fortgeschrittenen Sozialpolitik, worunter hauptsächlich die Uebernahme kommunaler Gebrauchsmittel in Gemeinderegie, sowie anständige Behandlung der Gemeindearbeiter zu verstehen ist. Allgemein nennt man dies: Munizipalsozialismus. Dagegen sind die Gemäßigten für die Ueberlassung der kommunalen Gebrauchsmittel an private Unternehmer und Lieferanten, sowie für niedrige Lokalsteuern. Der Grafschaftsrat von London besteht erst seit dem Jahre 1889. Die 118 Räte werden auf 3 Jahre gewählt; die 19 Aldermen auf 6 Jahre. Bis jetzt hatten die Progressisten die Mehrheit und verwalteten die Londoner Munizipalität in ihrem Sinne.

Die Sozialpolitik der Progressisten hat sehr viel zur Gesundung der Londoner Verhältnisse beigetragen. Die Verbesserung ist augenfällig. Die Straßen wurden reiner; enge Gassen mit starkem Verkehr wurden verbreitert, wodurch die Zahl der Londoner Straßenunfälle auf ein Minimum gesunken ist. Alle Komplexe von zusammengedrängten, ungesunden Häusern, die die Zeit des individuellen Liberalismus hinterlassen hat, wurden in manchen Distrikten hinweggeräumt, wobei die Hausbesitzer, die hauptsächlich zur Partei der Gemäßigten gehören, ausgezeichnete Geschäfte machten. Bernad Shaws Drama „Widowers' House" beruht auf einem dieser Vorgänge. Das Schulwesen wurde bedeutend gehoben und modernisiert; die Kinder der Armen erhielten die Möglichkeit, sich eine höhere Bildung anzueignen, da der Grafschaftsrat zahlreiche Stipendien aussetzte. Die Zahl der Spielplätze und Parks wurde erheblich vermehrt, die Feuerwehr verdoppelt. Der Grafschaftsrat erwarb Straßenbahnen, baute Brücken über die Themse, errichtete Wohnhäuser für 34,000 Arbeiter, erhöhte die Löhne der 35,000 Grafschaftsarbeiter, setzte ihre Arbeitszeit herab, wodurch auch die Arbeiter in privaten städtischen Unternehmungen ihre Lage verbesserten. Bei Vergebung von Grafschaftskontrakten wird immer Bedacht genommen, daß die dabei beschäftigten Arbeiter gute Bedingungen erhalten. Besonders gebessert haben sich die sanitären Verhältnisse Londons, was sich in der Senkung der Sterblichkeitsziffer zeigt. Interessant ist es auch, die Tatsache zu vermerken, daß der Grafschaftsrat es unseren Genossen gestattet, sozialistischen Sonntagsunterricht in den städtischen Schulgebäuden an die Kinder von Sozialisten zu erteilen. Dieser Unterricht, an dem etwa 1000 Londoner Proletarierkinder mehrerer Stadtbezirke teilnehmen, ist streng sozialistisch und freidenkerisch.

Trotz dieser umfassenden Politik, die selbstredend mit großen Kosten verbunden ist, zeigt die Grafschaftssteuer nur eine ganz geringe Zunahme, was indes die Gemäßigten nicht abhält, über „sozialistische" Verschwendung zu klagen. Die städtischen Schulden sind zwar bedeutend gestiegen, aber diesen Passiven gegenüber stehen ganz bedeutende und profitbringende Aktiva: Straßenbahnen, Brücken, Schulen, Wohnhäuser, Wasserwerke, Parks, Spielplätze usw. Der wirkliche Grund der Opposition der Gemäßigten ist darin zu finden, daß die Politik der Progressisten es dem Privatkapital unmöglich macht, städtische Monopole an sich zu reißen und jetzt auch daran geht, die städtischen Grundherren schärfer zu den Stadtlasten heranzuziehen.

Der Wahlkampf tobte seit ungefähr drei Monaten, aber er wurde seit mindestens drei Jahren vorbereitet. Eine große Presse, zahlreiche Redner und ungeheure Geldmittel standen den Gemäßigten zur Verfügung, und der Sozialismus ist das Gespenst, mit dem sie die Londoner Wähler bange machte. An der Spitze der Gemäßigten steht der Herzog von Norfolk, der zum ältesten Adel Englands gehört. Mit dem Grundadel, der aus seinen Londoner Besitzungen schwere Millionen zieht, gingen die Unternehmer und Finanzleute, die die Londoner Elektrizitätszufuhr monopolisieren wollen. Die Zahl der Wähler zum Grafschaftsrat betrug im laufenden Jahre 840,730. Ein Aufgebot der „Partei der Nichtwähler" ist wohl auch in London geglückt. Aufrufe, Plakate, Bilder malten den sozialistischen Teufel blutrot an die Wand.

Die Sozialdemokratische Föderation hatte neun Kandidaten aufgestellt. Die Arbeiterpartei beteiligte sich an diesen Wahlen in ganz geringem Maße. Die Redner der Sozialdemokratischen Föderation nahmen den Progressiven gegenüber eine kritische Haltung ein, da ihre Politik darin besteht, die bürgerlichen Sozialpolitiker anzutreiben und ihnen weitere Ziele zu stecken.

* * *

Ueber die Resultate der Wahlen melden die Telegramme folgendes:

London, 3. März. Die (liberale) Fortschrittspartei, die seit vielen Jahren die Mehrheit im Grafschaftsrat hat, wurde von der (konservativen) Gegenpartei, den sogenannten Munizipalreformern, die im übrigen der Partei der Gemäßigten angehören, besonders mit der Beschuldigung bekämpft, daß sie das Geld der Steuerzahler in verschwenderischster Weise ausgebe und sozialistische Pläne fördere.

Bis 11 Uhr Abends waren 20 Munizipalreformer (d. h. Gemäßigte) und 8 Fortschrittler gewählt; das bedeutet für die Gemäßigten einen Gewinn von neun Sitzen.

London, 4. März, 2 Uhr früh. Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Grafschaftswahlen ist es sicher, daß die Fortschrittspartei eine vollständige Niederlage erlitten hat. Die Gemäßigten haben bisher 42 Sitze gewonnen; die Fortschrittler haben zwei, die Arbeiterpartei einen Sitz neu gewonnen. — Nachdem die Fortschrittsmänner seit fünfzehn Jahren London beherrscht und es aus dem kommunalen Sumpf zu einem frisch sich entwickelnden Gemeinwesen emporgehoben haben, trugen die Rückwärtsreformer einen entscheidenden Sieg davon. Die Furcht vor weiterer Erhöhung der Steuern durch große industrielle Unternehmungen, die zunächst große Anleihen erfordern, wie die beabsichtigte Errichtung einer Zentralelektrizitätsstelle, noch mehr aber das gerade im gegenwärtigen Augenblick so unangebrachte, sonst aber gerechte Prinzip, der andern Partei auch einmal eine Chance zu geben, ihr Regierungsgeschick zu zeigen, haben diesen durchgreifenden Wahlausfall herbeigeführt. Die Unterlegenen sind nicht entmutigt, und ein übrigens nicht unterlegener Progressist erklärte gestern etwas unzeremiös: Drei Jahre Tammany (Korruption) werden London ganz gut tun, um zu erkennen, was es an uns Progressisten gehabt hat. Das Programm des neuen Grafschaftsrates lautet: Dezentralisation, Abladung eines großen Teiles der Geschäfte auf die Stadträte der Vierteilverwaltungen, Revision des Beamtenheeres des Grafschaftsrates. Die Rückwärtsreformer sind übrigens gezwungen, sofort selber eine Anleihe von verschiedenen Millionen aufzunehmen, und sehen sich den von den Progressisten eingegangenen Verbindlichkeiten von zirundzwanzig Millionen Pfund gegenüber, die sie zu reduzieren hoffen.

Politische Uebersicht.

Im Reichstag

ging am Montag die Etatsdebatte weiter. Zuerst ergriff das Wort der Junker v. Löbell, der sich während seiner kurzen Reichstagszeit dadurch unsterblich machte, daß er in der Zuchthausvorlage den Kampf des Glaubens wider den Unglauben verkörpert sah. Besagter Junker ist seitdem nicht ohne daß Miquels Gnadensonne seine Entwickelung befördert hätte vom Landrat in

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

20

„Wenngleich!" sagte die Heiterethei. „Und wenn's wie bloß in Gedanken wär, gefallen will ich mir einmal nix lassen. Von Fürchten übrigens ist da kein Red'. Nu geht Ihr 'nauf und schlaft wohl, und so ist's und nu ist's fertig."

„Sie läßt sich einmal nicht abhalten", hatte die Annemarie gesagt, indem sie mit schweren Füßen ihr Stübchen erstiegen. Sie hatte ihren Tränen und Klagen freien Lauf gelassen, wozu sie während der Heiterethei Dasein den Mut nicht gehabt. Aber dazwischen hatte sie immer wieder einmal ihren grauen Kopf geschüttelt und gesagt: „Doch kurios, doch kurios! Sie hat doch jed's kein wund Flecke, und säh's noch so gesund aus".

Wir wissen nun, warum die Heiterethei nicht schlafen wollte. Die alte Angst vor den Träumen war ihr wieder gekommen. Aber wenn sie auch wachte, nichtsdestoweniger hatte sie die ganze Nacht hindurch mit Mördern, Räubern, Gespenstern und Traumbildern zu kämpfen. Und immer reichte ihre Kraft nicht aus; sie mußte hilflos schlummernd sich alles gefallen lassen, oder sie lief und kam nicht vom Fleck. Sie glaubte nicht zu träumen, weil sie jeden Augenblick sich sagte: ich bin wach, und hielt sich zum ersten Mal in ihrem Leben für krank. Denn auch der kalte Schweiß, der sie überströmte, war ihr etwas Fremdes. Das alles machte das sonst so starke Mädchen so kleinmütig, daß sie schon, ohne es sich zu gestehen, auf Vorwände sann, die ihr Daheimbleiben vom Zainhammer vor ihr selbst rechtfertigen sollten.

Als der erste Strahl der aufgehenden Sonne den kleinen zerbrochenen Spiegel an der Wand traf, da litt sie's nicht mehr im Bette. Ihr erster Gang war regelmäßig an den nahen Bach, wo sie Gesicht, Arme und Nacken wusch. Wie sie die Tür öffnen will, hält ihr ein: wenn der Holders-Fritz jetzt draußen lauerte? Noch ist kein Mensch sonst in der Nähe. Da schlug ihr die Glut der Scham ins Gesicht, und zornig stieß sie die Tür gewaltsam auf.

Herein drang die frische Morgenluft und umfing und durchwallte sie mit ihren kühlen Wogen. Da war mit Eins die ganze Nacht mit ihren Gespenstern hinter ihr versunken und sie wieder die Heiterethei.

Das erschöpfte Blut floß wieder im alten, mäßig dringenden Takt durch die gesunden Adern. Und so schritt sie mit dem leeren Schubkarren den Weg durch das lange Gras nach der Straße hinabfuhr, da lachten die braunen Augen wieder mit dem blauen Himmel um die Wette.

Wenn jetzt zwei Holders-Fritze hinter den Weiden hervorrauschten, es wäre ihr um so lieber gewesen. Es drängte sie geradezu, mit jemand anzubinden, und aller Welt zu zeigen, sie bedürfe keines Schutzes und brauche den Stärksten nicht zu fürchten.

Und doch erinnerte sie sich recht gut, das Liesle hatte geweint. Es hatte mit ungewohnter Heftigkeit die Pflegemutter nicht von sich lassen wollen, was es sonst nie getan. Die alte Annemarie hatte das als ein böses Vorzeichen gedeutet und in des Mädchens frisch abweisender Antwort nach ihrer Weise einen Frevel gesehen.

Die Heiterethei mußte über die Alte lachen. Tiefer war das Bedenklichste bei der Sache gewesen, daß die Heiterethei dem gutmeinenden großen Weibern nicht gefolgt. Eine solche Sünde konnte nicht unbestraft bleiben, hatte sie gemeint, und wenn mit dem Wege nach dem Zainhammer auch auf der ganzen Welt kein weiteres Wagnis verbunden gewesen wäre.

Bis nach dem Zainhammer sah die Heiterethei die Hände der Valtinessin von einem Ohr zum anderen schweben. Im wachsenden Uebermut agierte sie dem stillen Walde die ganze Abschiedsszene vor und stimmte in das Gelächter eines ihr etwa Begegnenden mit ausgelassener Lustigkeit ein. Die ganze Geschichte von dem wilden Holder und seinem Auflauern kam ihr in der nüchternen Morgenluft wie ein dummes, drolliges Märchen vor.

Es kam, wie die Warnerinnen geahnt hatten. Die Sonne stand schon tief, als die Heiterethei mit ihrer Last den Zainhammer verließ. Ehe sie das Ulrichsholz erreichte, begann es zu dämmern. Obendrein zogen von allen Seiten am Himmel Gewitterwolken auf.

Die Schwüle wuchs mit dem Abend, statt abzunehmen. Im Ulrichsholze kam noch der Duft hinzu, der von den dürren Fichtennadeln auf dem Wege wie heißer Staub emporstieg.

Und kein Lüftchen!

Es war nicht, als schlummerte die Natur, sondern als läge sie im Starrkrampf und sähe, wie die schwarzen Wolken als Drachenmänner schon Anstalten machten, sie lebendig zu begraben, und sie ränge vergebens nach einem Hilferuf, nach einer Bewegung.

Die Last der Heiterethei war heute eine weit geringere, als am Tage des Gründer Marktes, und doch schien sie ihr doppelt so schwer.

Wie sehnt man sich auf solchem Wege nach dem Anblick eines Lebenden! Es ist, als bedürfte man eines tröstlichen Beweises, die Welt sei nicht ausgestorben. Und ein einziges „Gruß' Gott" oder „Dank' schön" berührt die schmachtende Seele mit kühlem Finger und verdoppelt die Rüstigkeit der Schritte. Wie anders wird es aber auch gesprochen, als am Tage und mitten unter dem lauten Getreibe der Menschen!

Schon drei Viertelstunden mochte sie im Holze fahren, und noch war keine Seele ihr begegnet. An den hinabgegangenen Tag mahnte nur noch ein leiser violetter Schein, der hie und da immer seltener und flüchtiger an einem Föhrenstamm hinzitterte, wie eine verlorene Stimmung aus der Vergangenheit, die vergebens Erinnerung zu werden strebt. Und auch dieser verschwand, und die Nacht begann ihr Weben, ihren geheimnisvollen Haushalt in dem stillen Walde. Wie verhaltener Atem säuselte es, jetzt kaum hörbar, jetzt anschwellend, und plötzlich wie vor Schrecken verstummend, dem Mädchen entgegen. Wie heimliche Tritte raschelte es erst fern, dann immer näher und plötzlich stillstehend, hinter ihr drein, als wollte es sie locken, sich anzuheften. Jetzt schleift etwas durch die Büsche. Dort ist's, wo der fahle Schimmer vorübergleitet, wie ein Erbleichen über die Wange der Nacht, kaum zwanzig Schritte weit von der Heiterethei. Dort schleift es, als zöge einer einen schweren Körper in die Büsche, sich nach, und die verbogenen Zweige schnellten hinter ihm hörbar in ihren natürlichen Stand zurück. Der Schimmer kommt näher; er verschwindet und wie aus der Erde gewachsen oder plötzlich aus der Luft verdichtet, wird dafür etwas sichtbar, wie Umrisse einer ungeheuren, abenteuerlichen Gestalt.

Aber es ist kein Schreckbild, kein Gespenst, was da sichtbar wird.

„Guten Abend allein", sagte eine Frauenstimme. Sie kommt von einer Bäuerin, die einen Karren zieht. Und nun wird die Heiterethei gewahr: was erst von fern ein bloßer Schimmer und, näher kommend, ein Schreckbild schien, das sind mehrere große Bündel von weißem Tuch, die hoch emporragen über den Rand des Karrens.

„Schönen Dank," entgegnete die Heiterethei und richtete sich unwillkürlich höher auf.

In dem Augenblicke hielten sich auch die Rabenflügel des Gewitters am Himmel, und mit einer Art Trost bemerkt man, der Mond müsse aufgegangen sein, decke er auch noch tief in den Wolken.

Wenn er nur erst herauskommt! Es ist Vollmond, und der Vollmond läßt kein Gewitter aufkommen und auch anderes Schlimmes nicht.

Unwillkürlich halten beide und lassen die Karren wieder; beide wischen sich den Schweiß von den Stirnen, und die Bäuerin sagt: „Aber müßt es sein."

Die Heiterethei wundert sich, wer sie sein soll.

(Fortsetzung folgt.)

Westhavelland zum Chef der Reichskanzlei aufgestiegen und fungiert als solcher als Regisseur aller Techtelmechteleien mit den diversen Parteiführern im Reichstage und im Dreiklassenparlament. So hat er denn auch wegen des Poeplau mit Erzberger eine Unterredung gehabt. Er hat darüber ein einseitiges Protokoll aufgenommen und krebst nun mit diesem herum. Wir haben keine Veranlassung, uns für den Herrn Erzberger zu erwärmen, aber den Beifall mit welchem das Kartell den Löbellschen Vorstoß begleitete, ist bezeichnend für die Genügsamkeit mit der die kartellierten Politiker sich geistige Waffen von der Regierung liefern lassen. Der christlich-soziale Behrens vermengte einige sozialpolitische Forderungen mit Zetern über die Sozialdemokratie. Scharf und schneidig, nicht ohne Witz sprach der elegante Polengraf Mielczinsky. St. Paasche auf dem Präsidentenstuhl wurde wieder einmal nervös. Den nationalliberalen Herren scheinen ihre Extrawurstspritztouren schlecht zu bekommen. Herr v. Hertling, Vertreter des konservativen Zentrumsflügels, Aristokrat, Sozialistenfeind, Sammlungspolitiker, sah sich genötigt, gegen Bülow zu polemisieren, den er in Algeciras mit mehr Eifer als Tatsachenkenntnis verteidigt hatte. Herr v. Hertling entledigte sich nicht ungeschickt der neuen Aufgabe. Sehr hübsch war sein Nachweis, daß Fürst Bülow alle seine Tiraden gegen den Mißbrauch der ausschlaggebenden Zentrumsstellung dem Fürsten Bismarck entlehnt hat. Nur daß die Bismarckschen Anklagen sich gegen die — nationalliberale Partei richteten. So hat die politische Elster aus der Wilhelmstraße gleichzeitig Clemenceau und Bismarck geplündert; dem ersteren ist bekanntlich wörtlich der Kriegsruf vom 13. Dezember entlehnt.

Dann sprach Genosse David. Er tröstete den Zentrumsredner, die Trennungsschmerzen würden nicht ewig währen. Schon sehnt sich der konservative Teil des neuen Ehepaares ins ultramontane Ehebett zurück. Ueber die Paarung, die schon Graf Mielczinski witzig verspottet hatte, fand unser Redner neue Wendungen ätzenden Hohnes. Gegenüber Bülows nun allmählich langweilig werdendem Krebsen mit „Dresden" betonte er die unbedingte Parteitreue der als revisionistisch bezeichneten Parteigenossen. In glänzender Weise legte unser Redner dar, daß die preußische Junkerpolitik wahrhaft antinational ist und daß es die Sozialdemokratie ist, welche die wirklichen Interessen der Nation vertritt. Ergötzlich waren die Proben vom guten Ton der Gegner, die Genosse David gab. Nachdem Erzberger noch in einer persönlichen Bemerkung für den folgenden Tag Abrechnung mit Löbell in erfreuliche Aussicht gestellt hatte, vertagte das Haus die Weiterberatung auf Dienstag.

Preußisches.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im Dreiklassenhause ging Montag zunächst die Debatte über die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften und die jüngeren [illegible] beim Etat der preußischen Zentralgenossenschaftskasse [illegible]. Der Abg. Dr. Dederich [illegible] vom Bund der Landwirte wurde über den Nachweis der Unabhängigkeit der [illegible] Organisatoren der Berliner Milchzentrale so angegriffen, daß er den Freisinnigen eine Rechnung aufmachte, was die Großindustrie denn am Staate verdiene. Man wird ihm nicht abstreiten können, daß das Großkapital sich den Staat in genau derselben Weise tributpflichtig gemacht hat, wie die Junker das seit langem tun. Im übrigen wurde bei dem ganzen Streit immer klarer, daß der Gegensatz der beiden Genossenschaftsorganisationen auf den politischen Erwägungen [illegible] beruht. Den Genossenschaften können die [illegible] nicht oft genug [illegible], daß sie Politik treiben, aber in den Genossenschaften, von denen durch Gesetz jede politische Betätigung ferngehalten [illegible] immer so, wie sie es den freien Arbeiterorganisationen unterstellen. Beim Etat der indirekten Steuern [illegible] der [illegible] Freiherr von Rheinbaben gegen die [illegible] der Verbrauchsabgabe für Zucker [illegible] vor ein paar Wochen [illegible] der Landwirtschaftsminister von Arnim [illegible] „neue liberale Aera". [illegible]

Heute stehen auf der Tagesordnung die Wünsche der preußischen evangelischen Geistlichen auf ein Mehr an himmlischen Schätzen, die sie Mammon nennen.

Wer und was sind die sozialdemokratischen Wähler?

In einer Zuschrift an unser Dresdener Bruderblatt [illegible] der sozialdemokratischen Wähler in dem rheinisch-westfälischen [illegible] An der Hand der Statistiken [illegible] daß es nicht richtig ist [illegible] anzunehmen, [illegible] Industriegebiete [illegible] großen Proletariermassen der [illegible] [illegible]

[illegible] Hochburgen, das heißt die Orte, in denen [illegible] der Wählerstimmen [illegible] Teile des Ruhrgebiets [illegible] alteinheimischen [illegible] Bevölkerung [illegible] Arbeiterschaft [illegible] in der Zeche Dortmund [illegible] [illegible]

[illegible]

Hochburgen hat gar keine Wählerversammlung stattfinden können, dennoch dies glänzende Stimmenresultat.

Wir meinen, diese Stichprobe beweist, daß die weitverbreitete Anschauung, unser bester Boden sei dort, wo sich die größten Massen besitzloser Proletarier zusammenballen, durchaus nicht als Evangelium hinzunehmen ist. Gerade in den Ruhrgebietsbezirken, wo sich die Arbeiterschaft eines gewissen Wohlstandes erfreut, zum Teil sogar in recht behäbigen Verhältnissen lebt, hat die sozialdemokratische Bewegung die tiefste Wurzel geschlagen. Hochbedeutsam für den Fortgang unserer Bewegung ist es auch, daß die Bezirke mit der relativ und absolut stärksten alteinheimischen Bevölkerung sich zu unerschütterlichen sozialistischen Hochburgen entwickelten. Das widerlegt prächtig das Wort von den „Landfremden", die sich dem „Umsturz" in die Arme geworfen hätten. Nein, wo sich die Rasse der „Söhne von der roten Erde", die hartnäckigen und steifnackigen Stammesgenossen des Immermannschen Hofschulzen am unvermischtesten erhalten haben, da ragen auch die Hochburgen der Sozialdemokratie im Ruhrbecken."

Vielleicht schafft die Untersuchung in anderen Bezirken ähnlich interessante Resultate, die nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Als preußische Jakobinerpolitik

kennzeichnet der freisinnige Herr von Gerlach in einer freisinnigen Zeitschrift die Absicht, im Wege der Enteignung gegen den polnischen Grundbesitz vorzugehen. Er verweist auf Artikel 9 der Verfassung, der das Eigentum als unverletzlich bezeichnet und seine Entziehung oder Beschränkung nur aus Gründen des öffentlichen Wohls — nach dem preußischen Enteignungsgesetz vom 11. Juni 1874 aus Gründen des öffentlichen Wohls — gegen Entschädigung zuläßt. Unter diesem öffentlichen Wohl habe man bisher immer nur das Wohl aller Staatsangehörigen oder doch wenigstens das der Bewohner eines bestimmten Bezirks verstanden. Jetzt zum ersten Mal wolle man den Zwangsverkauf aus politischen Gründen einführen. Die einzige Lehre, die man aus dem Fiasko der bisherigen Polenpolitik ziehe, sei danach die: man muß die begangenen Torheiten durch eine noch größere krönen:

„Man kann mit den Polen auskommen. Das hat sich zu Caprivis Zeiten gezeigt. Aber man will es nicht mehr. Mit Gewalt drückt man sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse herab. Früher war den Juden der Erwerb von Grundeigentum verboten. Was man jetzt den Polen gegenüber vorhat, ist noch schlimmer. Man will sie von einem Grund und Boden verdrängen, den sie im Vertrauen auf die bestehenden Gesetze erworben haben. Mit dem Gelde, das sie als Steuerzahler zum Teil selbst haben aufbringen müssen, will man sie expropriieren. Man jagt sie von der Scholle und ist womöglich noch höchlichst erstaunt, daß sie noch immer nicht gute und getreue Preußen sein wollen. In welchem Umfange man diese Expropriierung vorzunehmen gedenkt, steht augenblicklich noch nicht fest. Aber selbst in beengtem Maße angewandt, müßte die Maßregel unbegrenzte Erbitterung hervorrufen."

Zum Schluß betont Gerlach, daß auch hier wieder die Sonderinteressen am schwersten ins Gewicht fallen. Schon seit langem erkläre sich die ungünstige Stellung Deutschlands in der auswärtigen Politik zum wesentlichen Teil durch seine innere Politik. Man traue einer Regierung, die solche Gewalttätigkeiten im Innern gutheiße, die Lust zu einer Gewaltpolitik nach außen zu. Daß moralische Eroberungen sich auf die Dauer als wirksamer erwiesen haben als [illegible], beweise die Geschichte.

Der modernisierte Ochsenkopf.

Den immer lauter werdenden Wünschen aller politisch Aufgeklärten nach einem zeitgemäßen Wahlrecht kann sich jetzt auch das Land mit dem Ochsenkopf im Wappen nicht länger verschließen: Auch Mecklenburg soll eine neue Verfassung und damit wohl ein Wahlrecht erhalten. Aus Schwerin wird darüber telegraphisch gemeldet:

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin richtete an die [illegible] Stände des Landes in Gegenwart des Staatsministeriums eine Ansprache, in der er ausführte:

Mehr und mehr sei in ihm die Ueberzeugung geworden, daß die jetzige Verfassung des Landes den berechtigten Anforderungen der neueren Zeit nicht mehr genüge, und daß es das Wohl meines Volkes erfordert, auf eine zeitgemäße Umgestaltung derselben hinzuwirken. Ich habe deshalb [illegible] Zeit mein Staatsministerium beauftragt, ein Gutachten über die Frage der Reformbedürftigkeit der bestehenden Landesverfassung auszuarbeiten. Dasselbe ist mir im vorigen Sommer überreicht worden. Nach eingehender Prüfung dieses Gutachtens bin ich zu der Ansicht gelangt, daß es an der Zeit ist, die Verfassungsverhandlungen mit den Ständen wieder aufzunehmen. Ich habe mich darauf zunächst des Einverständnisses des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz mit diesem Vorgehen versichert und nunmehr meinem Staatsministerium befohlen, die erforderlichen Vorlagen zu bearbeiten und sie für den für 1908 [illegible] Landtag fertigzustellen.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ließ ebenfalls den Landtag [illegible] und teilte ihm mit, daß er beschlossen habe, im Einklang mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin [illegible] Vorlage dem Landtage [illegible] zur Vorbereitung der Verfassungsreform für Mecklenburg-Strelitz zugehen zu lassen.

Freilich darf man sich in Bezug auf das Wie der Verfassung nicht allzu großen Hoffnungen hingeben, zumal die Herren im Obotritenlande am — Preußen ein nachahmenswertes Vorbild haben!

Die liberale [illegible]

Unter den Spenden, die Fürst Bülow aus dem Füllhorn der liberalen Aera auf ein begeistertes Volk herniederflattern ließ, ist von ihm selbst auch die Reform des Strafprozesses genannt worden. Die liberale Presse hat diese Verkündigung mit einem langgezogenen Ah der Erwartung aufgenommen, gleich als ob es sich um etwas Neues und überdies Liberales handeln würde, mit [illegible] Vorrechten [illegible] ankündigen. Ein [illegible] Regierungsentwurf [illegible] aber sind die Vorschläge der staatlichen Kommission bekannt, die von dem Reichsjustizamt aus Juristen und Reichstagsabgeordneten unter Ausschluß der Sozialdemokraten gebildet worden war. Das Werk dieser Kommission, das im Mai 1906 veröffentlicht wurde, beseitigte keinen der Mängel, die [illegible] worden waren, schuf dafür aber desto mehr Verschlimmerungen, die die Stellung des Angeklagten gegenüber dem Staatsanwalt und dem Richter weiter verschlechterten. Das [illegible] geheime Vorverfahren sollte beibehalten werden, die allgemeine Einführung der Berufung wurde nur gegen „Kompensationen" zugestanden; das Wiederaufnahmeverfahren sollte beschränkt und das Recht des Angeklagten auf Vernehmung seiner Zeugen beseitigt werden. Strafkammern und Schwurgerichte sollten durch Schöffengerichte ersetzt werden, in denen der Einfluß des Laienelements dem der gelehrten Richter unterliegen mußte.

Nun hatte der Berliner Anwaltsverein aus seiner Mitte eine private Strafprozeßkommission gebildet, deren Aufgabe sein sollte, sich an der Bearbeitung der Vorschläge zu beteiligen, welche die vom Reichsjustizamt einberufene Kommission für die Reform des Strafprozesses gemacht hat und machen würde. Diese private Kommission ist nun zu dem entscheidenden Schritte gelangt, die „positive Mitarbeit" an dem Werke der staatlichen Kommission zu verweigern, und sie begründet diesen Entschluß in der neuesten Nummer der „Juristischen Wochenschrift" mit einer Erklärung, in der es heißt:

> Die Kommission ist einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Vorschläge der staatlichen Kommission keine Grundlage für eine zeitgemäße Gestaltung des Verfahrens bilden, daß sie der geschichtlichen Entwickelung des deutschen Strafverfahrens ebenso ferne stehen, wie dem gegenwärtigen Volksempfinden und den Volksbedürfnissen.

Der Arbeit der staatlichen Strafprozeßkommission ist damit ein wahres und nur zu gerechtfertigtes Todesurteil gesprochen worden. Wie aber das Reichsjustizamt, die Verbündeten Regierungen und schließlich der Regierungsblock von Oldenburg bis Ablaß urteilen werden, bleibt ungewiß. Das Reichsjustizamt müßte die ganze Vorarbeit der Kommission preisgeben und das Reformwerk auf völlig neuer Grundlage aufbauen, wenn etwas Annehmbares geschaffen werden sollte. Dazu besteht aber natürlich nicht die mindeste Aussicht: denn Wünsche, die auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Vorverfahrens, Heranziehung aller Volksklassen zur Rechtsprechung, Unterstellung aller politischen und Preßangelegenheiten unter Geschworenengerichte hinzielen — kurz, die dem Reformwerke wirklich den Namen eines liberalen verdienen würden — solche Wünsche gehören in die Kategorie der „perfiden und phantastischen Forderungen", die ein guter Patriot garnicht zu denken, geschweige denn zu stellen wagt.

In derselben Rede, in der Fürst Bülow die Reform des Strafrechts und Strafprozesses ankündigte, sprach er auch von einer bevorstehenden „Reform des Vereins- und Versammlungsrechts". Seitdem haben wir in verschiedenen freisinnigen Blättern die Behauptung gefunden, daß der Reichskanzler in jener Rede vom 25. Februar ein „freies Vereins- und Versammlungsrecht versprochen". Ohrenzeugen und das amtliche Protokoll bestätigen, daß der Reichskanzler das Wort „frei" nicht ausgesprochen hat. Der Liberalismus leidet also offenbar an Sinnestäuschungen des Gehörs, und darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß die bürgerliche Linke die Ankündigung der Strafprozeßreform durch den Reichskanzler mit solchem Jubelgeschrei begrüßte, als hätte sie eine Schlacht gewonnen.

Das neue Kartell des neuen Reichstags hat sich an sieben Probetagen der Etatsdebatte als die zuverlässigste, gelehrigste, stimmkräftigste Claque aller redenden Reichskanzler und Staatssekretäre erwiesen. Ob es aber darüber hinaus auch imstande sein wird, „positive Arbeit" zu leisten, scheint auch der „Deutschen Tageszeitung" fraglich zu sein und sie gibt zu, nach siebentägigen Verhandlungen in diesem Punkte „nicht viel klarer" zu sehen. Ueber eine Reform des Strafprozesses und des Strafrechts, des Vereins- und Versammlungsrechts werde man sich mit den Konservativen vielleicht verständigen können, ob aber eine solche Verständigung auch in der Frage der Börsengesetzreform möglich sei, erscheine außerordentlich zweifelhaft. Daß schließlich bei der Beratung handelspolitischer Abmachungen die neue Mehrheit auseinandergehen werde, sei nicht nur leicht möglich, sondern sogar wahrscheinlich. Das Agrarierblatt denkt übrigens vom Freisinn edel genug, um weiter zu bemerken, daß eine „dauernde und tiefe Spaltung" aus solchen Meinungsverschiedenheiten nicht zu befürchten sei. Trotzdem glaubt die „D. Tagesztg." den Reichskanzler warnen zu müssen, keine Gesetzentwürfe einzubringen und keine Maßregeln zu treffen, die als Sprengbomben wirken könnten. Mit anderen Worten: in demselben Augenblicke, in dem die Rechte merken würde, daß die liberale Aera mehr sei, als bloßer Wind, würde sie ihren alten Freunden vom Kaffernkartell sofort den Dalaß (Krieg) erklären. Solange aber die Freisinnigen bleiben wie sie sind, und nur im Reichstag unter dem [illegible] Gelächter der Junker die „Errungenschaften" ihres „Aufschwungs" lebhaft preisen, haben die Konservativen keine Ursache, ihr Verhältnis zum Liberalismus zu revidieren. Da wo es ist, gefällt es ihnen ausnehmend gut.

Kleine politische Nachrichten.

Ein Telegramm aus [illegible] meldet: Wachtmeister Wilhelm [illegible], geb. in Schleswig, früher Reg. [illegible] am 2. Februar im Feldlazarett [illegible] gestorben. Gefreiter [illegible], geb. in [illegible], früher [illegible] Nr. 36, hat sich am 26. Februar [illegible] an der linken großen Zehe [illegible]. — Dem Reichstage und dem Landtage werden in den nächsten Tagen Etatsnachtragsgesetze zugehen, da an eine rechtzeitige Verabschiedung der beiden Etats zum 1. April nicht zu denken ist. Die Etatsnotgesetze, die vor dem [illegible] verabschiedet werden müssen, werden bestimmen, daß die Regierung zur Leistung der notwendigen laufenden Mittel befugt ist. — Die [illegible] für den neuen Reichstag ist [illegible] daß jeder Abgeordnete am 1. März [illegible] Mark, am 1. April [illegible] Mark [illegible] für die Tätigkeit von Mitte Februar bis Mitte März also 250 Mark. — Unter dem Verdacht der Spionage wurde in Wien der [illegible] Emil [illegible] verhaftet. Ein [illegible] soll [illegible] kompromittiert sein.

Ausland.

Ein sozialdemokratisches Stadtoberhaupt. Aus Bern meldet die „Frkf. Ztg.": In Biel wurde der sozialistische Arbeitersekretär Reimann zum Stadtpräsidenten gewählt.

Aus Schlesien und Posen.

Die Zimmererbewegung in Schlesien 1906.

Der Gauleiter der Zimmerer für Schlesien H. Schmidt schreibt in seinem Gewerkschaftsblatte über die Arbeiten und Kämpfe im Jahre 1906 folgendes:

Bereits im vorjährigen Bericht wurde angedeutet, daß die Bautätigkeit im Jahre 1906 nicht hinter der des Jahres 1905 zurückbleiben würde. Das hat sich vollauf bestätigt. An Arbeitsgelegenheit im Gau hat es deshalb auch für unsere Kameraden im Bausommer 1906 nicht gefehlt; in manchen Orten herrschte starke Nachfrage nach Zimmerleuten. Nur in Breslau war die Konjunktur eine nicht besonders gute. Die Zimmerarbeiten im Manövergelände, bei denen mancher Beschäftigung zu finden hoffte, wurden einer Frankfurter Firma übertragen. Im allgemeinen brachte jedoch das Berichtsjahr reiche Arbeitsgelegenheit; die Erfolge waren deshalb auch bedeutend größer als sonst. Die Mitgliederzahl stieg von 2020 am Schlusse des Jahres 1905 auf 2595 am Schlusse des Berichtsjahres. Neue Zahlstellen wurden errichtet in Schweidnitz, Militsch, Jauer, Peisterwitz, Strehlen, Salzbrunn, Neumarkt, Freyhan und Glatz; die Zahlstelle Neisse löste sich auf, wurde aber nach kurzer Zeit wieder gegründet. Ferner gingen ein die Zahlstellen Deutsch-Hammer, Strehlen und Ziegenhals mit zusammen 21 Mitgliedern. Bemerkt sei hier noch, daß etliche Zahlstellen ihr Gebiet ganz beträchtlich erweitert haben, was eine nicht unerhebliche Steigerung der Mitgliederzahl zur Folge hatte. Mögen diese erfreulichen Resultate auch noch so günstig erscheinen, befriedigend sind sie nicht; weit mehr hätte erreicht werden können, wenn alle [illegible] soweit es ihnen irgend möglich war, sich in den Dienst unserer Sache gestellt hätten und wenn in allen Zahlstellen planmäßiger gearbeitet worden wäre. Es darf nicht vorkommen, daß Zahlstellen weder Vorstandssitzungen noch Versammlungen abhalten, daß sie alles dem Zufall überlassen. Dabei kann eine Organisation nicht gedeihen; sie gerät in Stagnation und schließlich ist ein Rückgang unausbleiblich. Dem muß entgegengewirkt werden; nach einem bestimmten Plane müssen alle Zahlstellen arbeiten, dann werden die Erfolge um so größer sein und wir werden vor Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Die Lohnbewegungen waren ebenso groß an Zahl wie im Vorjahre; sie spielten sich indes in weit schärferer Weise ab wie diese. Hatte man früher ausschließlich mit den Unternehmern zu tun, so tritt jetzt das gesamte Bürgertum gegen uns auf, wie es in Freiburg und Hirschberg klar zu Tage trat. Die Unternehmer in Hirschberg erklärten wiederholt, daß es sich nicht mehr um die Lohnfrage handele, sondern um die Niederwerfung der Zimmerer überhaupt. Dies gelang ihnen allerdings nicht; nach zehnwöchigem, hartem Kampfe blieben die Hirschberger Kameraden Sieger und die Zahlstelle steht heute fester da denn je zuvor. Ueber den Ausgang der Lohnbewegungen im allgemeinen sei folgendes ausgeführt. In 13 Orten mit 1642 Mitgliedern erhöhte sich der Lohn um 2 Pfennige, in 4 Orten mit zusammen 385 Mitgliedern um 3 Pfennige und in 1 Orte mit 56 Mitgliedern um 1 Pfennig pro Stunde. Gestreikt wurde in Hirschberg, Freiburg, Lissa, Lüben, Neurode, Langenbielau, Obernigk und in Breslau. In letzterem Orte handelte es sich um Gegenmaßnahmen, weil durch den Arbeitsnachweis der Unternehmer eine ganze Anzahl Verbandsmitglieder systematisch gemaßregelt wurden. Nach fünfwöchigem Streik kam es zu Verhandlungen, die dazu führten, daß die bestehenden Uebelstände im wesentlichen beseitigt wurden. Die hierdurch verursachten Kosten betrugen 2374.40 Mark. In 14 Orten regelte sich die Lohnfrage durch Verhandlungen mit den Unternehmern. Tarifverträge bestehen im Gau in 18 Zahlstellen. In Ohlau und Hirschberg ist die Lehrlingszüchterei zu Hause; um Abhilfe zu schaffen, wird die Handwerkskammer angerufen werden müssen. — Die Beitragsleistung bewegte sich zwischen 35 und 60 Pf. In den Zahlstellen mit niedrigen Beiträgen fehlt es an Lebendigkeit; infolge Mangels an Mitteln herrscht eine gedrückte Stimmung. Es sind daher Vorkehrungen getroffen für eine Beitragserhöhung in solchen Zahlstellen. Veruntreuungen von Verbandsgeldern sind im verflossenen Jahre nicht vorgekommen. Mit der Buch- und Kassenführung dagegen es in verschiedenen Orten noch bedenklich; wenn auch im allgemeinen eine Besserung eingetreten ist, so fehlt es doch an der nötigen Selbständigkeit. Das ist besonders bei Anfertigung der Quartalsabrechnungen zu beachten. Ein weiterer Uebelstand ist der, daß sich die Zahlstellenvorstände nur sehr schwer daran gewöhnen können, die Agitation in der nächsten Umgebung selbst zu betreiben. Das muß in Zukunft besser werden. In steter Fühlung mit dem Gauleiter müssen alle Verbandsfunktionäre ihre ganze Kraft für das Gedeihen der Organisation einsetzen. Forderungen für 1907 haben eine Reihe Zahlstellen schon eingereicht, andere beschäftigen sich noch damit. Immer wieder muß betont werden, daß ein zu frühes Einreichen nur von Nachteil sein kann, deshalb ist die äußerste Vorsicht anzuraten. Leichter ist es, einen Vorwurf von den Unternehmern entgegenzunehmen, als später die Klagen der eigenen Kameraden über einen verlorenen gegangenen Streik anzuhören. Wir haben vor allen Dingen unsere Interessen wahrzunehmen, unbekümmert darum, ob wir deshalb mit unseren Unternehmern in Konflikt geraten.

Die Tätigkeit des Gauvorstandes erstreckte sich im Berichtsjahr auf folgende Veranstaltungen: 160 Versammlungen, 60 Sitzungen, 9 Platzversammlungen, 34 Abrechnungen, 20 Verhandlungen mit den Arbeitgebern zwecks Abschluß von Tarifen über Regelung von sonstigen Arbeitsangelegenheiten und zwei Konferenzen. Außerdem waren sieben Gerichtstermine wahrzunehmen. Der schriftliche Verkehr war ebenfalls ein umfangreicher. An Postausgängen sind zu verzeichnen: 330 Briefe, 505 Postkarten, 340 Drucksachen, 5 Depeschen, 10 Pakete und 16 Anweisungen. Versammlungseinladungen und Flugblätter wurden in überaus großer Anzahl hergestellt. Zum Schluß sei noch der im Monat August stattfindenden statistischen Erhebungen gedacht. Auch hier hat nicht alles so geklappt, wie es hätte der Fall sein müssen. Wenn man aber bedenkt, daß aller Anfang schwer ist, dann wird man sich mit dem ersten Versuch zufrieden geben in der Erwartung, daß eine zweite Erhebung mit größerer Pünktlichkeit und Exaktheit ausgeführt wird. Das dadurch gewonnene Material wird zur weiteren Organisationsarbeit von unschätzbarem Vorteil sein.

—b. **Brieg**, 4. März. Ein „christlicher" Büchermarkt wird zur Zeit in Brieg und Umgegend betrieben. Und zwar sind es zwei Herren, die in Abwesenheit der Männer die zu Hause befindlichen Frauen besuchen und ihnen erzählen, sie kommen von Herrn Pastor Lorenz und pressen alsdann ihre Hefte und Bücher an. Wie nun mal noch viele Frauen sind, gefallen ihnen die Bilder in den Büchern und da die Leute vom Pastor geschickt werden, so glauben sie gezwungen zu sein, eine Bestellung zu machen, ohne daß der Mann etwas davon weiß. Die Bücher selbst, „Geschichte der Reformation", haben für den Arbeiter gar keinen Wert, auch ist der Preis der Bücher ein hoher, indem 10.50 Mk. dafür zu zahlen sind. Eine Anzahlung von 3 Mk. muß sofort erfolgen. Für solches Geld, wenn es nun wirklich für Bücher angelegt werden kann, können die Arbeiter viel nützlichere Bücher erhalten, die zu ihrer weiteren Bildung beitragen.

Daher ist es geboten, die Arbeiterschaft vor solchen Büchern und deren Kauf zu warnen.

Märzdorf, 4. März. Achtung, Gewerkschafter und Genossen! Am Sonntag, den 10. März findet in Jungwitz im Lokale des Herrn Kirchner eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung statt, in der unter anderem über die sehr wichtige Lokalfrage eingehend gesprochen werden wird. Das ist um so nötiger, als uns in Märzdorf kein einziges Lokal mehr zu Versammlungen zur Verfügung steht. Darum erscheint alle, damit wir Mittel und Wege finden, um diesen unwürdigen und unhaltbaren Zustand so schnell wie möglich zu beseitigen.

Aus den Gerichtssälen.

Ein schwerer Automobil-Unfall

ereignete sich am 5. Juli v. J. in der Nähe von Oswitz. Einer der zwischen Breslau und Oswitz verkehrenden Kraft-Omnibusse fuhr auf dem Rückwege gegen einen Chausseebaum, wobei mehrere Insassen schwere Verletzungen erlitten. Der Chauffeur Heinrich Hartung sollte sich deshalb am Montag wegen fahrlässiger Körperverletzung vor dem Breslauer Schöffengericht verantworten. Da er inzwischen nach Apolda verzogen ist, war er wegen allzugroßer Entfernung vom Erscheinen zum Termine entbunden worden. Bei seiner kommissarischen Vernehmung hatte er angegeben, vor ihm her sei ein Heuwagen gefahren, der ihm die Aussicht versperrte. Als er an diesem vorüberfahren wollte, sei ihm gerade eine Droschke entgegen gekommen, die auf der verkehrten Seite des Weges fuhr. Als er nun auch der Droschke im Moment noch ausweichen wollte, sei das Unglück geschehen. Die Schuld trage der Droschkenführer, weil er auf der verkehrten Seite gefahren sei. Bei der Ladung der Zeugen hatte sich nun herausgestellt, daß einer der Verletzten inzwischen verstorben ist. Der Arzt, der ihn nach dem Unfall, aber nicht mehr vor seinem Tode behandelt hatte, hielt die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß der Tod eine Folge des Unfalls gewesen sei. Das Schöffengericht erklärte sich hierauf für unzuständig und verwies die Sache zur weiteren Verhandlung an die Strafkammer, wo zunächst die Todesursache des Zeugen festzustellen sein wird.

Ein Opfer der Reue

ist die Frau des Malermeisters E. geworden. Am 31. Januar war bei der Firma Julius Henel vorm. C. Fuchs, Am Rathause, Inventurausverkauf. Der Andrang war groß und im Gedränge gelang es ihr, ungesehen zwei Handtücher zu entwenden. Auch den Kriminalbeamten, die sich wie stets an solchen Tagen unter dem Publikum befanden, war nicht das geringste aufgefallen. Als die Frau aber auf die Straße trat, begann sie der Diebstahl zu reuen. Zurückzugehen und die Handtücher wiederzugeben getraute sie sich jedoch nicht. So betrat sie auf der gegenüberliegenden Ringseite ein Haus und warf die Tücher hinter der Haustür fort. Hierbei wurde sie nun beobachtet und festgenommen. Das Breslauer Schöffengericht erkannte am Montag gegen sie auf einen Tag Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Die Rache der noblen Sieger.

Aus Dresden wird der „Sächs. Korrespondenz" gemeldet: Wegen Betätigung zugunsten der sozialdemokratischen Partei ist jetzt acht Russen, darunter sechs Studenten, ein Ausweisungs-Befehl zugestellt worden. Direkte Wahlschlepperei konnte bisher nur zwei Russen, darunter einem Dr. phil., nachgewiesen werden. Die sechs russischen Studenten hatten dagegen in ostentativer Weise ihre Sympathie für die Sozialdemokratie kundgegeben.

Russische Revolution.

Wieder ein Attentat.

Warschau, 5. März. In der Petrikauerstraße in Lodz erschossen gestern Nachmittag drei Unbekannte den Offizier im Jekaterinburgschen Regiment, Sergius Dlugow. Die Täter entkamen.

Revolutionäre in der Hochschule.

Petersburg, 5. März. Bei einer umfassenden Haussuchung in der hiesigen polytechnischen Hochschule wurde ein großes Bombenlager entdeckt. Elf geladene Bomben, eine große Menge ungeladener Gewehre neuesten Systems sowie Revolver wurden entdeckt, ferner eine Menge illegaler Literatur. Im Dachstuhl wurde eine geheime Typographie aufgefunden, fertig gedruckte revolutionäre Aufrufe sowie zehn Pfund Pyroxylin und Dynamit. Die ganze Hochschule, die 1077 im Konvikt lebende Studenten beherbergt, wurde von 1500 Schutzleuten, darunter vielen Berittenen umzingelt. Aus der Hochschule wurde eine Bombe unter die Schutzleute geworfen, die aber nicht explodierte. Unter den Verhafteten befinden sich 25 Privatpersonen, Frauen und Männer, darunter zwei Deputierte der Reichsduma, zur Arbeitsgruppe gehörend, sowie das frühere Mitglied der Duma Subottin. Von den Studenten selbst wurde einer arretiert, nur die Persönlichkeit der Verdächtigen wurde festgestellt. Kurz vor der Haussuchung hatte eine Versammlung in der Hochschule stattgefunden; worin über die Taktik, welche die Arbeitsgruppe in der Duma einschlagen solle, beraten wurde.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Stuckateure!** Wir machen hiermit den Kollegen bekannt, daß Sonnabend, den 9. März, Abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung stattfindet mit der Tagesordnung: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Referent ist Kollege Giebler-Hamburg.

Vergnügungen.

* **Liebichs Etablissement.** Das Gastspiel der Spanierin Guerrero ist nur für die Dauer von zwei Wochen berechnet, da die Künstlerin vom 16. März ab bereits anderweitigen kontraktlichen Verpflichtungen zu genügen hat. Die gegenwärtig durch Madame Guerrero und ihren Partner Paglieri zur Darstellung gelangende Pantomime „Rose und Dolch" bleibt nur noch drei Abende, also bis inklusive 7. März auf dem Repertoir; vom 8. März ab tritt eine andere Pantomime und zwar „Das Alpdrücken" an deren Stelle.

Literatur.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). Inhalt vom 9. Heft des vierten Jahrganges: Börsenreform: Das Haus Wendelsohn. Von Siegbert Salter-Berlin: Würzburger Konferenzen. Von G. B.; Revue der Presse: Börsenkritik; Bankbilanzen; Sommervorlesungen der Handelshochschule; Der Direktor Dorkopp; Gesamtvertretung bei Aktiengesellschaften; Gedanken über den Geldmarkt. Von Silva; Antworten des Herausgebers; Aus Fabrik und Werkstatt (Porzellan); Chefs und Angestellte; Neue Literatur; Emissionen; Generalversammlungen. (Abonnements einschließlich der Plutus-Merktafel, die alle Ereignisse der kommenden Woche rechtzeitig signalisiert, vierteljährlich per Post und Buchhandel 3.50 Mk., direkt vom Verlag 4.— Mk. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße Nr. 69.)

Süddeutscher Postillon Nr. 5 kennzeichnet in seinem Titelbild die neue liberale Aera in auffallender Trefflichkeit und Schärfe. Das einfache farbige Mittelbild zeigt das Volk in ganzer Glorie: Wenn's nicht besser wird, gehe ich nach Preußen und werde Hausmann. Das Schlußbild schildert Bülow's Diplomatenkunst. — Vom Text heben wir das Zeitgedicht Tempi passati hervor. Die neuesten „Schlager" sind betitelt: Die reitende Germania (Bd.) — Sozialdemokratischer Terrorismus. — Kurzer (Wd.) Retter des Mittelstandes. — Eine heitere Illustration bringt A. Fiebiger: Aschermittwoch. — Wie die adeligen Hof- und Landmamsen entstanden. — Bed vom Schnupftabak. — Sieg der Sittlichkeit. — Moderne Folter. — Bedenkliches von L. K. — Der Süddeutsche Postillon kann mit be-

[illegible] Gleichlaut die Blindenzeitschrift [illegible] der Blindenanstalt [illegible] Er ist für 10 Pf. die Nummer [illegible] erhältlich.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

4. u. 5. März:	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . .	+2,8	−1,0	−1,8
Luftdruck bei 0° (mm)	763,1	763,7	763,1
Dunstdruck (mm) . .	3,6	3,4	3,5
Dunstsättigung (pCt.)	64	80	88
Wind (0—12) . . .	O 2	SO 2	SO 2
Wetter	bewölkt	heiter	wolkig

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 5. März.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	−1	SO 2	0	3	−5	klar
Beuthen OS.	−3	SO 2	0	1	−8	wolkig
Habelschwerdt	−6	S 1	0	1	−7	klar
Bresl. Sternw.	−2	SO 3	0	3	−3	"
Görlitz	−2	SO 1	0	12	−3	"
Ostrowo	−2	S 1	0	4	−3	"

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Kaufmann Wilhelm Heider, kath., Neumarkt 22, und Gertrud Jörchel, kath., Sandstr. 4. — Droschkenbes. Emanuel Dastip, kath., Pöpelwitzerstr. 35, und Maria Winkler, kath., Pöpelwitzerstr. 35. — Kärrner Paul Rutsch, ev., Anderssenstr. 8, und Maria Stiller, kath., Schuhbrücke 79. — Straßenbahnschaffner Gustav Viertel, ev., Schweitzerstr. 7, und Anna Kapelle, ev., Alsenstr. 27. — IV. Schlosser Karl Schubert, ev., Viktoriastr. 89, und Klara Lubrich, ev., Kaiser Wilhelmstr. 14. — Bankbeamter Sigmund Borger, jüd., Holteistr. 16, und Helene Reiter, jüd., Sonnenstr. 36. — Hausdiener Karl Hippauf, ev., Moritzstr. 42, und Emilie Stupiannek, kath., Hohenzollernstraße 8. — Sattler Johann Heimlich, ev., Matthiasstr. 180, und Gertrud Friedrich, ev., Sonnenstr. 29. — Rentner Karl Fröhlich, ev., Gräbschenerstr. 80, und Elise Fröhlich, geb. Erkmann, ev., Neue Adalbertstr. 102. — Klempner Josef Brückner, kath., Viktoriastr. 39, und Ernestine Kunze, ev., ebenda. — Kontrolleur Herm. Ginzel, ev., Moritzstr. 30, und Luise Fleischer, ev., Kastanienallee 14. — Kassenbote Ernst Seifert, ev., Holteistr. 36, und Selma Schade, ev., Hohenzollernstr. 60.

Eheschließungen. IV. Techniker Lothar Hanisch, ev., Trebnitzerstr. 35, und Helene Bergmann, ev., Siebenhufenerstr. 26. — Haushälter Jos. Scholz, ev., Roßmarkt 5, und Lucie Tletz, kath., Kaiser Wilhelmstr. 72. — Gärtner Max Müller, Plauen (Sachsen), und Pauline Mahn, ev., Schillerstr. 23. — Hilfsheizer Hermann Engler, ev., Siebenhufenerstr. 73, und Selma Bukal, kath., ebenda. — Friseur Jos. Keiske, kath., Viktoriastr. 32, und Elise Kranie, ev., ebenda. — Schriftgießer Arthur Nickl, kath., Berlin, und Klara Förster, kath., Lewaldstr. 5. — Bahnarbeiter Gustav Troche, ev., Friedrichstr. 73, und Ida Frenzel, ev., Viktoriastr. 33. — Maurer Wilhelm Pinkwart, ev., Sonnenstr. 16, und Marie Kubacki, kath., Louisenstr. 25. — Maler Josef Waclawik, kath., Augustastr. 18, und Philippine Kroll, kath., Antonienstr. 17. — Kaufmann Richard Fischer, ev., Kupferschmiedestr. 15, und Elise Harf, ev., Augustastr. 7. — Fleischer Arthur Hanke, ev., Berlinerstr. 54, und Anna Jorasławsky, ev., Zimmerstr. 5/7. — Schlosser Wilhelm Koch, kath., Löschstraße 15, und Martha Bakalla, ev., Theresienstr. 11. — Kaufmann Hans Greulich, ev., Seydlitzstr. 6, und Gertrud Fischer, ev., Karlsstraße 18. — Monteurgehilfe Max Berthold, kath., Höchenstr. 103, und Luise Menticke, ev., Viktoriastr. 87. — Lokomotivhilfsheizer Osw. Renner, ev., Goran N.-L., und Emma Weiser, kath., Siebenhufenerstraße 26.

Todesfälle. III. Rentier Adalbert Schiffter, 77 J. — Eisenbahnstationsgehilfe Paul Brandwein, 56 J. — Volksschullehrersfrau Margarete Menzel, geb. Grosser, 31 J. — Schwester Anna Vogt, 31 J. — Bruno, S. des Tischlermeisters Hermann Adler, 14 Tage. — Margarete, T. des Wachtmeisters Karl Kwas, 3 Mon. — Instrumentenmacher Otto Morche, 37 J. — Maurersfrau Ernestine Strauß, geb. Bräuer, 89 J. — Arbeiterswitwe Pauline Kornet, geb. Schmidt, 65 J. — Früh. Kaufmann Heinrich Brinsa, 86 J. — Walter, S. des Maschinenarbeiters Paul Schmidt, 8 W. — Elfe, T. des Töpfers Adolf Hoffmann, 3 J. — Arbeiter Max Neumann, 16 J. — Gepäckträgerswitwe Emilie Stolz, geb. Gotsche, 74 J. — Lohndiener Emil Kleinert, 48 J. — Bauarbeiter Karl Friebel, 41 J. — Arbeiterswitwe Ernestine Becker, geb. Jatsch, 66 J. — Wanda Sommer, ohne Beruf, 24 J. — Rentierswitwe Anna Scherner, geb. Steiner, 72 J. — Rentenempfänger Wendelin Bervert, 72 J. — Tischlermeister Emil Wurche, 64 J. — Dienstmädchen Helene Bensch, 18 J. — Margarete, T. Tischlers Adolf Schwitalla, 5 J. — Johanna Hache, 70 J. Kellnersfrau Apollonia Wisniewski, geb. Glock, 33 J. — Fritz, S. des Arbeiters Heinrich Schenk, 7 Mon. — Ordensschwester Anna v. Kalbacher, 74 J. — Arbeiter Herm. Meyerhoff, 28 J. — Früh. Zimmermann Jul. Schwickt, 76 J. — Werkführerswitwe Auguste Wolf, geb. Grubert, 76 J. — Kürschner Stanislaus Beczkiewicz, 55 J. — Kaufmann Markus Aichlowitz, 66 J. — Ordensschwester Josefa Gerlich, 49 J. — Tischler Karl Sinne, 43 J. — Maurer Hugo Kretzel, 59 J. — Freistellenbesitzerswitwe Ernestine Kroll, geb. Graupe, 57 J. — Portier Herm. Förster, 27 J. — Pensionierter Postschaffner Max Krätzmähr, 54 J. — Maurerpolierswitwe Johanna Kanndley, geb. Richter, 69 J. — Steinsetzerpolier Paul Schlenzog, 23 J. — Lehrmädchen Martha Bodel, 17 J. — Drechslersfrau Maria Reicher, geb. Renelt, 50 J. — Gero, S. des Haushälters Hermann Winter, 5 Mon. — Lehrerswitwe Mathilde Nentwig, geb. Volkmer, 59 J. — Techniker Alfred Baar, 38 J. — Frühere Schneiderin Ida Wirth, 34 J. — Bäckersfrau Pauline Schmiegelt, geb. Ullrich, 29 J. — Tapeziermeister Paul Smetana, 36 J. — Hermann, S. des Handlungs Robert Frey, 2 Mon. — Arbeiter Paul Teichert, 36 J. — Arbeitersfrau Anna Schirdewahn, geb. Geilich, 35 J. — Gerhard, S. des Klempners Karl Höhig, 2 Mon. — Kaufmannswitwe Josephine Heringer, geb. Willmann, 81 J. — Edelfrid, T. des Kanzlisten Eugen Hertel, 1 J. — Schmiedsfrau Karoline Matthäus, geb. Richling, 37 J. — Margarete, T. des Töpfers Reinhold Prinke, 1 J. — Postsekretärswitwe Selma Delport, geb. John, 62 J. — Arbeitersfrau Emma Vogt, geb. Goibl, 28 J. — Lohndienerswitwe Christiane Blatas, geb. Brähl, 76 J. — Friseur Josef Frank, 52 J. — Kaufmann Bronislaw Jankowiak, 21 J. — Johanna Breitig, ohne Beruf, 83 J. — Rentier Karl Heck, 74 J. — Kaufmannswitwe Auguste Walter, geb. Schwöde, 52 J.

Briefkasten.

M. O., Rosenthalerstraße. 1. Für den Aufenthalt in Hohenwiese hat die Krankenkasse den Betrag, an diese Anstalt abzuführen, den der Kranke als Krankengeld erhalten würde. Die Angehörigen erhalten von der Landesversicherungsanstalt die Hälfte des Krankengeldes. 2. Sie können um Aufnahme in die Anstalt Hohenwiese oder Göhrersdorf selbst bei der Landes-Versicherungsanstalt nachsuchen. 3. Die Kosten regeln sich, wie oben angegeben.

B., Brieg. Die Eltern sind nicht haftbar für rückständige Steuern ihrer minderjährigen Kinder.

G., Herrenstraße. Der Gerichtsvollzieher darf Ihnen das Bettzeug oder den Schrank nicht pfänden, wenn Sie keine anderen Gegenstände dieser Art zur Aufbewahrung der Kleidungs- beziehungsweise Bettstücke besitzen.

Brieg. Wir raten Ihnen, die Sache auf sich beruhen zu lassen, sonst werden Sie sich [illegible] Kosten.

M. H. 119. Ja, wenden Sie sich an die Staatsanwaltschaft in Leipzig.

H. T. Für Ihr Kind müssen Sie in jedem Falle sorgen, für die Frau dann, wenn sie nach Ansicht des Gerichts berechtigt war, Sie zu verlassen.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 5. März:

Zimmerer. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Schirmmacher und -Näherinnen. Mitglieder-Versammlung im Billardzimmer.

Schmiede-Verband. Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 1.

Fassadenputzer. Abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Mittwoch, den 6. März:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 7. März:

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Sonnabend, den 9. März:

Handschuhmacher-Verband. Abends 8½ Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Sonntag, den 10. März:

Breslauer Buchdrucker-Gehilfenverein. General-Versammlung im großen Saale. Vormittags 10½ Uhr.

Donnerstag, den 14. März:

Sozialdemokratischer Verein. General-Versammlung im großen Saale. Abends 8 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).

Bezirke 6, 7, 8 u. 9. Mittwoch, den 6. März, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft im bekannten Lokal. Pflicht eines jeden Genossen ist, pünktlich zu erscheinen. Frauen sind eingeladen.

Distrikt 3 (Grüdschener Vorstadt).

Bezirke 3, 4 u. 5. Dienstag, den 5. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Frauen sind eingeladen.

Bezirke 18, 19 u. 20. Dienstag, den 5. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Distrikt 5 (Höpelwitz).

Bezirke 1, 2, 3 u. 4. Dienstag, den 5. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Distriktslokal.

Distrikt 9 (Obertor).

Donnerstag, den 7. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal, Weißenburgerstraße, und Auszahlung der Abonnenten. Der Distriktsführer.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Dienstag, den 5. März: Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung.

Land-Distrikt 7.

Bezirke 1, 2, 3, 4. Sonntag, den 10. März, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft in den bekannten Lokalen.

Schottwitz. Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen. Sonntag, den 10. März, Nachmittags 4 Uhr, in Kobels Restaurant: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Streiflichter in der sozialen Gesetzgebung". Referent: Genosse Th. Müller-Breslau.

Bettlern. Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen. Sonntag, den 10. März, Vormittags 11 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Felix Glauer. Referent: Verbandssekretär Th. Müller.

Schmiedefeld. Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen. Sonntag, den 10. März, Nachmittags 3 Uhr, in Siebels Restaurant: Mitglieder-Zusammenkunft der Hilfskassenstelle Neukirch und Umgegend.

Ohlau. Oeffentliche Versammlung. Sonntag, den 10. März, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur „Stadt Oels" (Felix Schmidt). Referent: Genosse Tittel-Striegau. Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen des Konsum-Vereins. 2. Gründung eines Konsum-Vereins. Sämtliche Arbeiter von Ohlau werden ersucht zu erscheinen.

Freiburg. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 7. März, Abends 8 Uhr: Kartell-Sitzung.

Waldenburg. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 10. März, Nachmittags 5 Uhr, im „Stern" in Altwasser: Monatsversammlung. Vortrag des Genossen Schütz-Breslau über:

Waldenburg. Das Arbeiter-Sekretariat befindet sich Friedländerstraße 28. — Jeden Donnerstag: Sprechstunden in Gottesberg, Fürstensteinerstraße 17 (Hinterhaus).

Gleiwitz. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 7. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: 1. August Winter und sein Leben. Ref.: J. Bruhns 2. Vereinsangelegenheiten. Gäste sind willkommen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17

Stadt-Theater.
Sonntag, Anfang 7 Uhr: „Götterdämmerung".
Montag: „Heimat".
Dienstag: „Herrn Damen."

Lobe-Theater.
Sonntag: „Hulanenfieber".
Montag: „Die lustige Witwe".
Donnerstag: „Hulanenfieber".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Sonntag, Anfang 7½ Uhr: „Frauenkampf". „In Zivil".
Donnerstag, Anfang 7½ Uhr: „Frauenkampf". „In Zivil".
Freitag: Humboldt-Verein. „Frauenkampf". „In Zivil".
Sonntag: Humboldt-Verein. „Der Hampelmann".

Breslauer Schauspielhaus
„Das Kind vom braven Mann".
„Der Goldfisch".
„Die Jurbeirat".

Liebich's Etabl.
Vollständig neues Programm.
Anfang 7 Uhr.

Victoria-Theater
(Wintergarten)
Hartstein
mit seinem neuesten Schlager
Der lustige Witwer.
Anfang 7½ Uhr.
Dann Wochentags gültig.

Hertzog! 4 Brief 10 Pfg. Bundel 35 Pfg.
Kaiser & Kaiser
Friedrich-Wilhelmstraße 30, Breiter Straße 12, Sternstraße 75, Neumarktstraße 14.

arrangiert vom **Sozialdemokratischen Verein**

Am 3. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, verschied nach längerem Leiden mein lieber Mann, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Arbeiter **Fritz Germain**

im Alter von 46 Jahren 10 Monaten. 1058

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Vorwerksstrasse 22, nach Rotkretscham statt.

Am 3. d. Mts. endete ein sanfter Tod die langen Leiden meiner lieben Mutter

Johanna Czurek geb. Kador.

Dies zeigt schmerzerfüllt an 1065

Breslau, den 4. März 1907. **Ida Czurek.**

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4½ Uhr, nach dem Freireligiösen Friedhof. — Trauerhaus: Ohlauerstrasse 35.

Schule, Kirche und Arbeiter

Ein Vortrag von **Paul Göhre.**

Preis 15 Pfg.

Eine Broschüre, in der zunächst der Zweck dargelegt wird, den die herrschende Klasse mit der Verpfaffung der Volksschule erstrebt und in der die gänzliche Verbannung jeglichen Religionsunterrichts aus der Schule gefordert wird. Göhre erwägt dann die Gründe, die die Sozialdemokratie zwingen, den Kampf gegen die Verpfaffung der Volksschule aufzunehmen und zeigt die Mittel, um diesen Kampf wirksam zu gestalten.

Zu beziehen durch **die Expedition der Volkswacht.**

Sonntag, 17. März:
13. Grosses Volkskonzert

Ein elegantes Stoff-Sofa
für 25 Mk. zu verkaufen Sandstraße 13. 810

Buchhandlung Volkswacht.
Der wahre Jakob, Mitgliedsblatt, wöchentlich . . . 0.10

Heute letzter Tag!
Zirkus Busch-Gebäude.
The Royal Bio Co.
Abends 8 Uhr:
Große Vorstellung
Neues Programm
in hochfeinsten, neuesten Szenen.

Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik

von August Erdmann.

Preis 35 Pf. Zu haben in Preis 35 Pf.

der Expedition der Volkswacht.

Schneider.

Schneiderg. u. Mädchen

Jüngerer Arbeitsbursche

Hosennäherinnen
Grosch, Freiburgerstraße 9, I.

Ein Ehepaar,

Hosenträger

Möbel Spiegel. Polsterwaren
Kein Anzahlungsgeschäft
Preise unter Taxe.
F. Penzer, Sandstr. 5.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.

Neber erschienen:

Heft 1. **Die erste Hülfe bei Unglücksfällen.**
„ 2. **Das erste Lebensjahr.** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
„ 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Broschüre.
„ 4. **Der Achtstundentag.** von Dr. Zadek. Eine populäre Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
„ 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** von Dr. Reichlich. Eine empfehlende Agitationsbroschüre.
„ 6. **Das Schulkind.** von Dr. Silberstein. Wie Kinder zur Schulfähigkeit zu pflegen sind, ist Inhalt dieses Büchleins.
„ 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.** von Dr. Gebert. Belehrung über sexuelle, für jeden Menschen wichtige Fragen.
„ 8. **Nahrung und Ernährung.** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Haushalt und seine Familie.
„ 9. **Wie helfen wir uns kleiden?** von Dr. Paul Brandeis.
„ 10. **Der Arbeiterschutz** mit besonderer Berücksichtigung der Gewerbeaufsichtsämter von Dr. W. Freudenthal-München.
„ 11. **Zahnleiden und deren Verhütung.**

Jedes Heft 20 Pfg.

Diese Aufklärungsschriften sind für jedermann verständlich geschrieben und sollen in keiner Familie fehlen.

Zu haben in der Expedition der Volkswacht und durch unsere Kolporteure.

Metall-Betten

Erstklass., bewährtes Fabrikat!
Grosse Auswahl
von einfacher bis elegantester Art.
D. St. Mk. **6.75** bis **200.–**

Metall-Kinderbetten
D. St. Mk. **10.–** bis **50.–**

Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen
in anerkannter Güte zu niedrigsten Preisen.

Polster-Matratzen
in unübertroffener Qualität und allen Preislagen.

Eigene Werkstatt im Hause.

Leinenhaus
Bielschowsky
Breslau, Nikolaistr. 76, Ecke Herrenstr.

Sie können viel sparen!

Versuchen Sie unseren jetzigen

Bürger-Kaffee
(gesetzlich geschützt)
zum Preise von 577
90 Pfge. per Pfund
ein rein und angenehm schmeckender Kaffee.

Teichmann & Co.
Kaffee-Spezial-Geschäft
Schweidnitzerstrasse 9, Ecke Karlsstr.
15 Geschäfte in allen Stadtteilen.

„In freien Stunden".
Illustrierte Roman-Bibliothek. Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Empfehle:
Lose der Lausitzer Lotterie
à 2 Mark, 11 Lose für 20 Mark. Porto und Liste 30 Pf. extra.
Ziehung am 8. und 9. März 1907.
Hauptgewinne: 30000, 10000, 5 × 2000, 10 × 1000, 10 × 500 Mark Bar usw.
Die Gewinne werden bereits mit 90% im Geld ausgezahlt, also so gut wie eine Geldlotterie.
B. Klement, Breslau I, Ring 22 (gegenüber dem Schweidnitzer Keller)
Bank- und Wechselgeschäft — Münzgroßhandlung.

Anfang 3¼ Uhr
Programm 40 Pfg.

Beilage zu Nr. 55 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 6. März 1907.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung, Montag, den 4. März, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, Dernburg, Kraetke, v. Löbell.

Die

erste Etatsberatung

wird fortgesetzt.

Chef der Reichskanzlei **v. Löbell**: Unmittelbar vor der Präsidentenwahl soll, wie der „Bayerische Kurier“ behauptet, Herr Spahn sich geweigert haben, mit mir ohne Zeugen zu verhandeln. Die Darstellung, soweit sie mich betrifft, ist von Anfang bis zu Ende erlogen. Herr Erzberger hat eine Aktennotiz der Reichskanzlei als durchaus unwahr und als eine einseitige Niederschrift bezeichnet. Was die Einseitigkeit betrifft, so war es nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, eine Unterredung niederzuschreiben, die ich in amtlicher Eigenschaft und in höchst wichtiger amtlicher Sache mit Herrn Erzberger hatte. Herr Erzberger teilte in der Unterredung mir mit, Poeplau besitze noch aktenmäßiges Material, dessen Bekanntgabe die Kolonialverwaltung auf das schwerste kompromittieren würde. Er sei bereit, dies herauszugeben, wenn das Disziplinarverfahren aufgehoben würde. (Hört, hört!) Ich habe das Ansuchen sofort auf das Entschiedenste zurückgewiesen. Herr Erzberger selbst erklärte mir, er habe die Zurückweisung von mir erwartet. Ich habe sofort die Unterredung niedergeschrieben, je eine Abschrift dem Staatssekretär des Auswärtigen, dem Kolonialdirektor und dem Legationsrat Heinrich gegeben, das Original aber gerade aus Rücksicht auf Herrn Erzberger unter streng vertraulichem Verschluß genommen. Nun fand ich im November 1906 eine Notiz, wonach Herr Erzberger erklärt habe, daß er erst die Angelegenheit Poeplau zur Sprache gebracht habe, nachdem die Versuche, durch Inanspruchnahme des Chefs der Reichskanzlei Abhilfe der kolonialen Mißstände zu schaffen, gescheitert seien. Daraufhin hatte ich im Dezember v. J. eine neue Unterredung mit Herrn Erzberger — ich hatte der Versuchung, schon damals die Aktennotiz zu veröffentlichen, gerade im Interesse des Herrn Erzbergers widerstehen zu müssen geglaubt. Herr Erzberger bestätigte den Inhalt der früheren Unterredung, erklärte die Vorwürfe gegen mich für ungerechtfertigt und versprach gelegentliche Klarstellung im Reichstage. Um so überraschender kam für mich die Aussage Herrn Erzbergers im Poeplau-Prozeß, wonach er, Erzberger, durch die ablehnende Haltung des Kolonialdirektors Prinzen Hohenlohe und des Chefs der Reichskanzlei genötigt worden sei, den Fall Poeplau im Reichstage vorzubringen. Dadurch war ich zur Wiederherstellung meiner angegriffenen Ehre genötigt, mit der Veröffentlichung meiner Notiz herauszurücken. (Lebh. Sehr richtig! beim Kartell.) Ich halte die Notiz im vollen Umfange aufrecht. (Abg. Erzberger: Ich bestreite sie!) Alle Einwendungen des Herrn Erzberger gegen die Notiz sind hinfällig. Herr Erzberger hat für den Fall der Veröffentlichung der Pöplauakten mit der Ablehnung der Kolonialforderungen durch die Zentrumsfraktion gedroht und selbstredend hat er dies nicht als Fraktionsbeschluß, sondern als persönliche Ansicht hingestellt. Er hat ferner die Veröffentlichung für den Fall des Nichtniederschlagens des Disziplinarverfahrens in Aussicht gestellt, wobei es ja ganz gleichgültig ist, ob die Veröffentlichung durch Reichstagsreden oder durch die Presse erfolgen sollte. (Lebh. Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Und da wagt es Herr Erzberger, mir vorzuwerfen, daß ich nicht an der Beseitigung kolonialer Mißstände mitarbeiten will. (Abg. Erzberger: Ich tue es nochmals! (Große Unruhe. Rufe bei den Natl.: Unverschämt!) Gegen Herrn Erzberger habe ich einen klassischen Zeugen für mich, nämlich Herrn Erzberger selbst, der am 10. Juli 1906 unter Eid ausgesagt hat, daß er mich im Auftrage Herrn Pöplaus besucht hat, um zu versuchen, die Einstellung des Disziplinarverfahrens zu bewirken, daß ich das Ansuchen zurückgewiesen habe und daß er, Herr Erzberger, dies auch erwartet hat. (Hört, hört! bei den Natl.) Die Aussage deckt sich inhaltlich völlig mit der Aktennotiz. Nun wählen Sie, wem Sie glauben wollen, einer aktenmäßigen Notiz und dem beeidigten Herrn Erzberger vom 10. Juli 1906 oder dem unbeeidigten Herrn Erzberger vom 19. Februar 1907. (Unruhe im Zentrum. Bravo! rechts und bei den Natl. anhaltende Bewegung.)

Abg. **Behrens** (christl. Soz.): Die Nationalliberalen haben sich, namentlich im preußischen Landtag, bisher zu antisozial erwiesen, als daß wir zu ihrem sozialpolitischen Eifer völlig Vertrauen haben könnten. Die Mehrheit der Arbeiter ist königstreu; 9 Millionen Arbeiter haben für die bürgerlichen Parteien gestimmt. Die Sozialdemokraten ruinieren mit ihrem Terrorismus die Kleingewerbetreibenden; andererseits üben aber auch die Großindustriellen vielfach den schärfsten Terrorismus. Wir verlangen ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht und Vorlegung des Entwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in verbesserter Gestalt. Mit der Förderung der christlich-sozialen Arbeiterbewegung bekämpft man am besten die Sozialdemokraten. (Beifall bei der Wirtsch. Vgg.)

Abg. Graf **Mielezinsky** (Pole): Der gelehrige Schüler des Reichskanzlers, Herr Winckler hat uns vorgeworfen, daß wir an der Revolution schuld seien. Die Schuld an der russischen Revolution trägt die russische Bureaukratie, die führer der Duma ermorden läßt und die von Herrn Winckler, und seinesgleichen aus innerer Seelenverwandtschaft heraus verteidigt wird. (Sehr wahr! bei den Polen und bei den Soz.) Derartige Scharfmacherreden müssen den Verdacht erwecken, daß die preußische Regierung die Revolution will. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Sie dürfen auch nicht bedingungsweise behaupten, daß die preußische Regierung die Revolution will. (Unruhe rechts.)

Abg. Graf **Mielezinsky** (fortfahrend) bestreitet, die preußische Regierung beschuldigt zu haben.

Vizepräsident Dr. **Paasche** will nach Einsicht in das Stenogramm auf die Sache zurückkommen.

Abg. Graf **Mielezinsky** (fortfahrend): Ich glaube, Graf Posadowsky schämt sich innerlich, hier die Polenpolitik der preußischen Regierung verteidigen zu müssen. Das preußische Ansiedelungsgesetz bedeutet einen Verfassungsbruch. (Sehr richtig! b. d. Polen und b. d. Soz. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Graf **Mielezinsky** (fortfahrend): Das Vereins- und Versammlungsrecht wird bei uns völlig illusorisch gemacht.

Vizepräsident Dr. **Paasche** (unterbrechend): Ich habe inzwischen Einsicht in das Stenogramm genommen. Sie haben in strikteste Form der preußischen Regierung vorgeworfen, daß sie die Revolution will. (Widerspruch b. d. Polen und b. d. Soz.) Ich rufe Sie nun noch nachträglich zur Ordnung. Wenn Sie mit dem Ordnungsrufe nicht einverstanden sind, können Sie an das Haus appellieren. (Rufe b. d. Soz.: Tun Sie es nur.)

Abg. Graf **Mielezinsky** (fortfahrend) bespricht den Schulstreik. Alle Ausschreitungen der Lehrer gegen die polnischen Kinder werden gebilligt. — In der konservativ-liberalen Ehe wird es gehen wie in dem Schwank des Residenz-Theaters, wo der Ehemann in dem Augenblick, da er seinen ehelichen Pflichten nachkommen will, durch den Ruf eines Beamten gestört wird: Haben Sie nichts zu verzollen? (Schallende Heiterkeit.) Dieser Zollruf wird auch die Kartellehe stören. Hoffentlich wird die große Mehrheit des deutschen Volkes die gegen uns getriebene Entrechtungspolitik verurteilen. (Beifall b. d. Polen.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erörtert zunächst die Frage des Reichsbankdiskonts. Die Höhe des Diskonts hängt mit der steigenden Inanspruchnahme der Bestände der Reichsbank durch die Industrie zusammen. Vielleicht lassen sich bei der Verlängerung des Bankabkommens Aenderungen in der Bankverfassung treffen, die indessen die Grundlage unseres Bankwesens nicht erschüttern dürfen. Herr Gamp fordert eine großzügige Sozialpolitik. Hoffentlich kommt er wegen dieses kecken Wortes nicht in Ungelegenheiten mit seinen näheren politischen Freunden. (Heiterkeit b. d. Soz.) — Herr Gamp klagt über polizeiliche Schikanen und spielte auf die Bäckereiverordnung und auf die Verordnung im Gastwirtsgewerbe an. Für diese haben sich sämtliche Regierungs- und Oberpräsidenten auf Befragen ausgesprochen. Ein im preußischen Abgeordnetenhause gestellter Abänderungsantrag wurde dort einstimmig abgelehnt.

Wenn der Bundesrat Verordnungen zu Gunsten von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter erläßt, so sind das nicht ideologische Phantasien eines weltfremden Reichsamts, sondern es sind sehr wichtige Gründe dabei maßgebend. Die Kompliziertheit unseres modernen Kulturlebens führt steigende Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter mit sich. Der Kriegsminister hat in einem Schreiben im Interesse eines brauchbaren Heeresersatzes die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die Minderung der Kindersterblichkeit, die Bekämpfung des Alkoholgenusses, überhaupt die soziale Hebung der Bevölkerung als dringend notwendig bezeichnet. Hygienische Maßregeln zur Erhaltung unserer Volkskraft sind also keine ideologische Marotten. Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich mich durch keine noch so giftigen und verleumderischen Angriffe abhalten lassen, meine Pflicht zu tun. (Lebh. Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Hertling** (Zentr.): Die Reichstagsauflösung von 1906 hat eine gewisse Aehnlichkeit mit der Reichstagsauflösung von 1878, die wegen der Ablehnung des Sozialistengesetzes erfolgte.

Damals wollte Fürst Bismarck das Uebergewicht der nationalliberalen Fraktion brechen. Er warf den Nationalliberalen vor, Ministerposten zu verlangen, er warf ihnen weiter vor, Regierungsvorlagen ohne Beratung im Hause schlankweg durch Fraktionsbeschluß zu beseitigen. (Hört, hört! im Zentrum.) Wann hat je das Zentrum solche Prätensionen erhoben? Wie kann im Ernst von einer Nebenregierung des Zentrums gesprochen werden? (Lachen b. d. Natl.) Kann es überhaupt in einem nichtparlamentarischen Staate eine regierende Partei geben? Bedeutet das Nebenregierung, wenn zwei Fraktionsmitglieder ohne Fraktionsbeschluß sich für zwei Subalternbeamte interessieren? Man spricht immer von Kuhhandel. Was haben wir denn erreicht? Die Beseitigung eines einzigen Paragraphen des gehässigen Jesuitengesetzes. Die Vorgänge vom 13. Dezember waren Anlaß, nicht Grund. Man hat in der zweiten Lesung aufgelöst, während bis zur dritten Lesung zweifellos eine Verständigung möglich gewesen wäre. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler wollte den Bruch. Er dachte, die wirtschaftlichen Kämpfe liegen hinter uns und er brauche nicht mehr die Zentrumshilfe. Aufs tiefste hat es mich geschmerzt, daß der Kanzler von der schwarz-roten Mehrheit gesprochen hat. (Zust. im Zentr.) Er wußte doch, daß die Sozialdemokratie auch gegen unseren Antrag zu stimmen entschlossen war. (Sehr richtig! im Zentr. u. b. d. Soz.) Wir freuen uns, wenn hier eine gute Politik auch ohne uns gemacht wird. (Sehr richtig! im Zentr.) In der Wirtschaftspolitik wird Fürst Bülow auch künftighin die von uns stets empfohlene mittlere Linie befolgen müssen. Die sozialpolitischen Anträge, die hier jetzt einlaufen, entstammen wesentlich unserer Anregung. Durch den jähen Bruch hat Fürst Bülow das eben im Schwinden begriffene Mißtrauen des katholischen Volkes wieder hervorgerufen. Die Folge wird sein, daß gerade die konservativen Momente im Zentrum immer schwerer Raum für ihre Betätigung im politischen Leben finden werden. (Sehr wahr! im Zentr.) Es ist eine eitle Illusion, wenn man denkt, daß diese Elemente eine eigene Partei bilden werden. Wir vertrauen auch fernerhin der eigenen Kraft. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. **David** (Sozialdemokrat):

Der Schmerz des Zentrums ist ja begreiflich, aber er wird nicht lange währen. Regierung und Zentrum werden sich schon bald wiederfinden. (Heiterk. u. Zustimmung b. d. Soz.) Der Reichskanzler hat sich seit Dienstag hier im Hause nicht sehen lassen. Wohl, weil ihm die Szenen, die die konservativ-liberalen Neuvermählten schon in den Flitterwochen aufführten, peinlich sind. (Heiterk. b. d. Soz.) Das Ergebnis der siebentägigen Etatsdebatte ist die Feststellung, daß die konservativ-liberale Paarung an einer inneren Schwäche leidet, die jede Aussicht auf längere Dauer ausschließt. Die Konservativen haben sich wohl gehütet, zu erklären, sich auf den Boden der neuen parlamentarischen und Regierungskonstellation zu stellen; und auf die Konservativen und nicht auf die Liberalen kommt es hier an.

Der Reichskanzler hat uns für die nächsten Wahlen die Vollendung der „Zerschmetterung“ in Aussicht gestellt. Abwarten! Ohne irgendwie prophezeien zu wollen, erscheint es mir nicht allzu wahrscheinlich, daß die Kanzlerschaft des Fürsten Bülow die nächsten Wahlen erleben wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Jedenfalls aber wird die Sozialdemokratie die Kanzlerschaft Bülows überdauern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn wir gelegentlich mit dem Zentrum zusammengeworfen werden, so ändert das nichts an der Tatsache, daß wir in schärfster Kampfesstellung gegenüber dem Ultramontanismus stehen. Dagegen stehen Konservatismus und Ultramontanismus im engsten innersten Zusammenhang, während die konservativ-liberale Paarung ein auf die Spitze gestelltes Ei ist, das bei der geringsten Erschütterung umfallen wird. Der Reichskanzler selbst würde eine liberale Aera nicht durchsetzen können. Als preußischer Ministerpräsident ist er der Gefangene des preußischen Junkertums. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei den Wahlen war viel von der Hintertreppenpolitik die Rede. Bei den Nationalliberalen sprach der Konkurrenzneid gegen das Zentrum mit. Die Konservativen ihrerseits haben keine Hintertreppenpolitik nötig. Sie haben das Monopol auf die Vordertreppenpolitik, auf den Aufgang für Herrschaften. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz.) Die Hintertreppenpolitik ist das naturgemäße Produkt unseres halb parlamentarischen, halb absolutistischen Regierungssystems. Uebrigens sollten die Spuren Erzbergers schrecken. Nach den Erklärungen des Herrn von Löbell sind ja solche Unterredungen die reinsten Mausefallen. (Sehr richtig! bei den Soz. und im Zentrum.) Würde jemand über einen Privatbesuch ein Protokoll machen und dann behaupten wollen, es habe authentische Bedeutung, so würde man ihn auslachen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Soz.) Einseitige Protokolle aufzunehmen, ist geradezu ein vormärzliches Verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und im Zentrum.) Das sage ich zur Steuer der Wahrheit, nicht, um mich in den Streit zwischen Herrn Erzberger und Herrn von Löbell einzumischen. Politischer Kindersinn gehört dazu, an eine liberale Aera zu glauben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wann hat Bülow je den geringsten Versuch gemacht, das preußische Landtagswahlrecht zu demokratisieren, was doch die erste Verbedingung einer solchen liberalen Aera wäre, und um sich aus der Umklammerung der preußischen Junker zu befreien? Wie sollte er auch? Er ist Fleisch von ihrem Fleisch! Niemals hat er einen anderen Leitgedanken bekannt, als den einer Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie. Freilich hat er mit seiner Reichstagsauflösung vom 13. Dezember und seiner Wendung gegen das Zentrum dieser seiner eigenen Politik Hindernisse bereitet. Das Zentrum ist verschnupft und es wird immer-

---

Einige Lehren aus Kuropatkins Geschichte des russisch-japanischen Krieges.

Von einem alten preußischen Offizier.

Nach den Auszügen zu urteilen, welche aus dem Buche des Generals Kuropatkin über die Niederlage der russischen Armee veröffentlicht worden sind (das Buch ist selbst noch nicht erschienen. D. Red.), erkennt Kuropatkin in der Kriegsbegeisterung der Japaner einerseits und in der Interessenlosigkeit der Russen am Kriege eine der Hauptursachen der Niederlage. Die russische Armee, sagt er, habe nicht verstanden, um was es sich in dem großen Kriege handelte. Das konnte sie nicht verstehen, weil die russische Armee, trotz der fast unglaublichen Unterschätzung durch deutsche Militärs, eine ungebildete türkische Armee war. Tiefen wahren Grund der Niederlage hat Kuropatkin offenbar immer noch nicht ganz erkannt, und wir können dies auch kaum von einem Russen erwarten, wenn noch bei Beginn des Krieges deutsche Sachverständige gerade in diesen slawischen Verhältnissen eine Hauptstärke der Russen erkennen zu müssen glaubten.

Als ich aus der Mandschurei zurückkehrte, hatte ich Gelegenheit, mit einer Anzahl klarer deutscher Offiziere über die russische Armee zu sprechen, und fand diese Herren zu meinem Erstaunen der Bewunderung voll für das russische Heer, und noch in letzterer Zeit erschienen Briefe, die gute Gedanken russischer Generale der Infanterie vom Angriff es offen aus, daß man vor dem Kriege das russische Heer für das beste gehalten habe. Es scheint kaum in der Tat verständlich, diese Ansicht als Resultat allerhöchsten Urteils hinstellen, jedenfalls so weit der große Mehrheit der deutschen Offiziere in Betracht kam. In der Tat aus erwähnten Gesichtspunkten mußte es mir nichts, daß ich darauf kommen, daß die Russen immer noch an dem Gedanken festhielten, der Japaner [illegible] vom [illegible] nur [illegible] Bewunderer hatte, daß es nur zu [illegible] Ausbildung ist. Es fiel [illegible] ich auch auf die Aeußerung eines russischen Offiziers berief, der ausdrücklich zugab, daß die Salven beibehalten würden, weil man bei Schützenfeuer die Leute unbedingt aus der Hand verlieren werde. Daß dieses Gefährdnis der Einrümmung herrschender Indisziplin gleichkomme, wurde glattweg bestritten. Disziplin! Keine Armee der Welt könne sich einer derartigen Disziplin rühmen wie die russische. Hatten nicht einige der Herren Gelegenheit gehabt, mit eigenen Augen zu sehen, wie ein betrunkener russischer Hauptmann vor versammelter Mannschaft einem Unteroffizier die Rangabzeichen abriß und ihm hinter die Ohren schlug, nur um zu zeigen, daß er sich mit seinen Untergebenen alles erlauben könne? Das war noch Disziplin! Bei uns müsse jeder mit Glacehandschuhen angefaßt werden. Meine Erwiderung, daß man es dahin bringen müsse, daß überhaupt nicht mehr „angefaßt“ zu werden brauche, trug mir eine Antwort ein, die gleichzeitig wahrscheinlich ein Hieb auf das von mir vertretene Blatt sein sollte; sie lautete: „Ne, so denkt Ihr Demokraten!“ — Ich antwortete mit einem ruhigen: „Sehr richtig bemerkt“. Ein einziger der anwesenden Offiziere nahm während der Unterhaltung nicht gegen mich Partei. Er schlich und kam nachher zu mir, um mir zu sagen, daß er meine Ansichten vollständig teile. Ich fragte ihn nicht, weshalb er mich nicht bei dem Gespräch unterstützte. Ich weiß aus eigener Erfahrung, was es für einen aktiven Offizier heißt, in den Verdacht zu kommen, ein „Neuerer“ zu sein. Wenn ich diese Unterhaltung hier erwähne, so geschieht dies, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Klagen Kuropatkins auch für unsere Armee außerordentlich lehrreich sind. Die russische, so wohlausgerüstete Armee versagte vollständig. Trotz tapferen Soldaten, die sich unter weniger guten Verhältnissen ruhig geschlagen haben und dadurch einen so merkwürdigen Beweis für ihren anhänglichen Gehorsam lieferten, liefen im Gefecht aus den Schützenlinien weg, „unter dem Vorwande, Verwundete zurückzubringen, oder auch ohne jeden Vorwand.“ Dieser Zusammenbruch der Mannesdisziplin ist die wichtigste Lehre, die wir aus Kuropatkins [illegible] ziehen können. Bei den Russen haben das tapfere Verhalten einiger russischer Truppenteile ebenso wenig, wie [illegible] des Japaner durch Kuropatkin [illegible] das [illegible] Vorkommen des Versagens japanischer Landwehrleute vor Port Arthur beeinflußt werden kann. Die Geschichte bietet hinlängliche Beweise für unerwarteten Kampfesmut, oder besser gesagt Kampfeswut, slawischer Bataillone einerseits und für die Panik wohldisziplinierter Truppenteile andererseits. Ausnahmen beweisen auch hier nur die Regel.

Nun liegt es mir natürlich fern, behaupten zu wollen, daß die deutschen Mittel zur Erziehung der Disziplin den russischen auch nur annähernd gleichkämen: aber ich halte selbst das Bedauern, nicht über dieselben Mittel verfügen zu dürfen, für höchst gefährlich und hoffe, daß die Mißerfolge der russischen Disziplin diesen Jungengeist im deutschen Heere stark beeinträchtigen werden. Daß er ganz schwinden sollte, kann man kaum hoffen; aber er kann übersehen und mit Verachtung gestraft werden, sobald die Mehrzahl der Offiziere seine Gefahren erkannt hat.

Nicht minder lehrreich als das Verhalten der russischen Mannschaften ist das Verhalten der russischen Offiziere, und zwar besonders der höheren Offiziere. Wer die russischen Offiziere kennt, der wird wissen, daß es unter ihnen hochgebildete Leute gibt, von denen man nicht behaupten kann, daß der Tatar zum Vorschein komme, wenn man den äußeren Firnis abkratze. Aber der russische Durchschnittsoffizier gehört nicht zu diesen gebildeten Leuten, und dieser Durchschnittsoffizier befindet sich auch in den hohen Kommandostellen. Selbst eine reformierte russische Armee wird unter dieser Tatsache noch lange zu leiden haben. Es ist nun eine merkwürdige Erscheinung, daß gerade die Offiziere, die ihren Untergebenen gegenüber die größte Rücksichtslosigkeit zeigen und Menschenopfer darum verlangen, ihrerseits nicht gehorchen gelernt haben. Durch das ganze Werk Kuropatkins zieht sich die Klage über diese Indisziplin. Kaum auch ein einziger der Armeekommandeure mitgeht dem Vorwurfe, Befehle des Oberkommandos einfach nicht befolgt zu haben. Das in Tientsin und Yalung während der Kapitulation [illegible] Mißachtung russischer Offiziere herrschen konnte, aber daß [illegible] Offiziere [illegible] aber [illegible] gekommen [illegible] ist, wenn Kuropatkin nicht zu [illegible] kaum ein Gefecht bestehen [illegible], ohne daß

In eine Welle bauen, bis man sich wiederfindet. Aber finden wird man sich ja. Uns sollte es freuen, wenn das Zentrum in eine Oppositionsstellung hereingetrieben werden sollte. Wir glauben nur nicht so recht daran. Hat es sich doch in Hessen mit den Nationalliberalen gegen den Großherzog zusammengefunden, der einen sozialdemokratischen Beigeordneten bestätigt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichskanzler hielt hier ein Kolleg über die Gründe unserer Niederlage. Seine Deduktion ging dahin, daß wir die Niederlage uns selbst zu verdanken hätten. Wenn dem so wäre, so hätte nicht er uns besiegt, sondern wir hätten uns selbst besiegt. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler bemängelte unseren Ton. Wie ist denn der Ton der Gegner? In dem Gustav Adolf-Kalender des Herrn v. Bodelschwingh findet sich ein Artikel, in welchem es unter anderem heißt: Hinaus mit dem frechen, lasterhaften Bebel, dem jüdischen Singer und den sonstigen dynamitsüchtigen Vampyren. Ziehen Sie also zuvor den Balken aus Ihren Augen, ehe Sie sich um unseren Splitter bekümmern! Der Reichskanzler gab ja selbst ein Musterbeispiel der gegnerischen Polemik, indem er auf Grund unzuverlässigen Materials Anklagen gegen unseren Parteigenossen Dittmann erhob die dann weder er noch ein Regierungsmitglied zurücknahmen, obwohl Dittmann ihre Unwahrheit nachwies. Den Mord in Anhalt hat uns der Reichskanzler auch an die Rockschöße gehängt. In diesem Falle hat aber nicht der Geist der Sozialdemokratie, sondern der Geist, der von so vielen Herren der Rechten aus Kartoffeln produziert wird, der Fuselgeist (Heiterkeit), wieder einmal ein Opfer gefordert.

Mit dem „Schmutzlappen des Hottentottenblocks" — über die Form kann man ja streiten — hat die „Leipziger Volkszeitung" die Fahne des Reichsverbandes gemeint, und soweit sind wir doch noch nicht, daß die Lügenfahne des Reichsverbandes identisch wäre mit der deutschen Reichsflagge. (Sehr gut! bei den Soz.) Ueberall, wo der Reichsverband in die Wahl eingegriffen hat, hat er die Wahlagitation vergiftet. Den Ritter Georg möchte ich doch gegen Herrn von Liebert in Schutz nehmen; die Waffen des Ritters Georg waren blank und ehrlich, was man von denen des Reichsverbandes nicht sagen kann. (Sehr gut! bei den Soz.) Was das „Volksgericht" über die Sozialdemokratie betrifft, so ist zu konstatieren, daß die Blockparteien mit über einer Million Stimmen in der Minderheit geblieben sind (Sehr gut! bei den Soz.) Sich mit inneren Streitigkeiten in der Sozialdemokratie zu beschäftigen, ist ein Steckenpferd des Reichskanzlers, der ja vollkommen unfähig ist, eine großartige Bewegung wie die Sozialdemokratie in ihrer historischen Bedeutung zu verstehen. Was würde man von einem Historiker sagen, der die Reformation nach den inneren Streitigkeiten unter den Reformatoren beurteilen würde, die doch noch ganz anders waren, als die zwischen uns. Keine Partei in diesem Hause hat so wenig Meinungsverschiedenheiten wie die Sozialdemokratie. (Lachen rechts.) Ich möchte einmal Mäuschen bei Ihren (nach rechts) Fraktionssitzungen spielen. Da erklärt sich einer für Sozialpolitik, der andere für Aufhebung des Wahlrechts. (Widerspruch rechts.) Wollen Sie vielleicht die Aeußerungen der Herren von Zedlitz, von Manteuffel, von [illegible] und von Kirbach ableugnen? Gewiß sind bei uns Meinungsverschiedenheiten. Es wäre gar nicht möglich und auch gar nicht gut, wenn dem nicht so wäre. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade in den Meinungsverschiedenheiten und darin, daß sie zur Geltung kommen, liegt die Garantie für ein gesundes geistiges Leben in der Partei. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir befinden uns, wie mein Parteigenosse Bebel ja schon gelegentlich der [illegible] von 1894 sagte, in der Periode geistiger Mauserung. Es widerspricht völlig den Tatsachen, daß, wie der Reichskanzler behauptet, die revisionistischen Parteigenossen [illegible] seien und sich geduckt hätten. [illegible] Dresden ist aber das Programm weiter diskutiert worden. [illegible] mehr als [illegible] Bekanntschaft der Dinge bemüht hätte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wer etwa geglaubt hat, wir könnten die Karre der Revisten [illegible] der Partei [illegible] [illegible] (Heiterkeit.) Wenn Liberale und [illegible] [illegible] eigener liberaler Erfahrung [illegible], was es heißt, wenn eine Opposition [illegible] (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) [illegible] in [illegible] ihrer Ehre und [illegible] in der Partei [illegible] [illegible] die Masse und Größe [illegible] (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Gewiß [illegible] Dresden nicht [illegible] die Partei [illegible] als nicht vorhanden [illegible] in der Partei hat ihnen niemand [illegible] (Sehr wahr! bei den Soz.) [illegible] in der Partei [illegible] und [illegible] (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichskanzler [illegible] Dresden und [illegible] die Einheit der Partei und das

paßt ihm nicht in sein Konzept. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unsere ganze parlamentarische Vergangenheit beweist, daß der Vorwurf rein negativer Tätigkeit hinfällig ist. Niemals haben wir einer gesetzlichen Reform Hemmnisse in den Weg gelegt. Wohl aber möchten wir den Spieß umdrehen und fragen: Was hat denn Bülow in sozialpolitischer Beziehung geleistet? Er hat das Berggesetz aus kapitalistischem Interesse aus dem Reichstag in den Landtag geschoben.

Er hat das Antigewerkschaftsgesetz eingebracht und die Gewerkschaften zu knebeln versucht. Was die Arbeiter in heißen Lohnkämpfen errungen haben, das und mehr ist ihnen durch die Bülow'sche Wirtschaftspolitik genommen worden. (Sehr wahr! bei den Soz., Widerspruch rechts.) Der Reichskanzler sprach von sozialem Königtum, das die Sozialdemokratie überwinden werde. Ein wirkliches soziales Königstum werden wir unterstützen (Hört, hört! rechts), aber wir sind höchst mißtrauisch gegen seine Möglichkeit; da müßte ein ganz anderer Geist hereinkommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir unterstützen auch einen Monarchen, wenn er soziale Reformen durchsetzen will, weil es uns nur um diese Reformen selbst zu tun ist (Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht unser Ton und nicht unser Endziel sind der G[rund] und der heftigen Feindschaft unserer Gegner, sondern unsere positive Gegenwartsarbeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Das politische Resultat der Memoiren Hohenlohes ist die bedauerliche Erkenntnis, daß der süddeutsche Liberalismus nicht gegen das preußische Junkertum aufkommen kann. Die preußischen Junker pfeifen auf das Reich. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.) Die Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts in Preußen hat den Gegensatz zwischen Nord und Süd verstärkt. Mit den Schiffahrtsabgaben hat man dem Süden einen weiteren Stich versetzt. Man nennt uns vaterlandslos. Warum? Weil wir die Art Ihres (nach rechts) Patriotismus nicht billigen. Man hält uns England vor. Hat nicht Campbell-Bannermann noch als Ministerpräsident erklärt, daß er den Burenkrieg für einen Schandfleck der Menschheit halte. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben in unserer Auffassung die Kant, Goethe, Schiller, Herder, Fichte und Humboldt auf unserer Seite. Diese Gesellschaft erscheint uns besser als Ihre. (Heiterkeit.) Der preußischen Politik fehlt jedes Verständnis für die Existenzberechtigung anderer Nationen. Vergleichen Sie mit der preußischen Polenpolitik die Tatsache, daß General Botha in Transvaal Ministerpräsident geworden ist. — Wir haben mehr für die Ehre und den Wohlstand Preußens getan als die ganze Junkergesellschaft (Lachen rechts.) Um Deutschlands Zukunft würde es schlimm stehen, wenn nicht die starke Sozialdemokratie Garantie für den schließlichen Sieg einer wahrhaft nationalen Politik böte. (Lebh. Beif. bei den Soz., Unruhe rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich erklärt

Abg. Erzberger (Zentrum), daß er morgen dem Chef der Reichskanzlei antworten werde und jetzt nur feststelle, erstens, daß schon die Unterredung vom September 1905 sich nicht nur auf Peplau, sondern überhaupt auf die kolonialen Mißstände bezogen habe, zweitens daß er nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Peplau gewünscht habe und drittens, daß er nicht mit der Ablehnung der Kolonialforderungen durch das Zentrum gedroht habe. Uebrigens werde wir wieder ein Chef der Reichskanzlei in die Lage kommen, von ihm eine Akteneinsicht aufzunehmen. (Lachen beim Kartell.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsdebatte, koloniale Nachtragskredite.)

Schluß 7½ Uhr.

Die Revolution in Rußland.

Erfreuliches von russischen Offizieren.

Konstituierender Kongreß des Allrussischen Offiziersverbandes.

In der Beilage zu Nr. 2 des „Wojennyj Sojus" (Der Militärverband) finden wir folgende interessante Angaben über den konstituierenden Kongreß des Allrussischen Offiziersverbandes. Der Kongreß wurde auf Anregung der Petersburger Offiziersgruppe einberufen, die sich als Organisationskomitee des Offiziersverbandes [illegible] hat. Laut dem Programm, das bei dem Kongreß angenommen wurde, sind es zwei Aufgaben, vor die die russische Revolution gestellt ist: Befreiung der Persönlichkeit vom Joche der heimatlichen Regierung und Befreiung der Persönlichkeit von dem [illegible] Joche. „Von der Ansicht ausgehend, daß die volle Volksherrschaft die höchste und gerechteste Form der staatlichen Ordnung ist, daß das [illegible] Regime für die Entwicklung des Landes verderblich ist und daß die Bestimmung und [illegible] Pflicht der Armee darin besteht, dem Volke zu dienen — findet der Verband darauf, die Offiziere zu einer [illegible] Organisation zu vereinigen, um die Armee den Händen der zarischen Regierung zu entreißen und sie dem kämpfenden Volke einzureihen." Der Verband ist der Ansicht, daß nur die Konstituante als das gesetzliche und souveräne Organ des Volkswillens angesehen werden könne. Im besonderen könne nur die Konstituante die Armee von Grund auf reformieren, indem sie das stehende Heer durch die allgemeine Volksbewaffnung, d. h. die Volksmiliz, ersetzt. Als Mittel, um den Uebergang vom stehenden Heer zur Volksmiliz zu bewerkstelligen, erscheine dem Verbande folgendes notwendig: 1. Möglichst weitgehende Durchführung des Wahlprinzips in der Armee; 2. Demokratisierung der Armee durch eine Reihe von Reformen, wie a) Bewilligung aller bürgerlichen und politischen Rechte, und vor allem des aktiven und passiven Wahlrechts, an alle Heeresangehörigen außerhalb des Dienstverhältnisses, b) Verminderung der Dienstzeit, c) völlige Reform der militärischen Ausbildung, d) Abschaffung der Sondergerichte usw.

In seiner Resolution über die Taktik, hebt der Verband als die grundlegenden Formen des aktiven Auftretens der Armee den politischen Streik und den bewaffneten Aufstand hervor, als diejenigen taktischen Schritte, welche es erlauben, die wirksamsten Kampfesarten im Zusammenhang mit den vorliegenden Bedingungen auszuarbeiten." Was die alltägliche Taktik anbetrifft, so seien die Mitglieder des Verbandes verpflichtet, sich die Interessen der revolutionären Bewegung zur Richtschnur zu nehmen und sich den folgenden Forderungen zu unterwerfen: „1. Weigerung, an den Feldkriegsgerichten und den Hinrichtungen teilzunehmen, 2. Weigerung, sich an den Strafexpeditionen zu beteiligen, 3. Weigerung, unter welchen Umständen es auch sei, von den Waffen gegen das Volk Gebrauch zu machen und 4. Widerstand gegen die Pogroms".

„Im Augenblicke des allgemeinen Volksaufstandes folgt der Verband als Ganzes dem Rufe und den allgemeinen Direktiven der organisierten revolutionären Kräfte und schließt sich den Aufständischen an."

Der Kongreß hat ein eingehendes Organisationsstatut ausgearbeitet und indem er sich als konstituierend erklärte, den Allrussischen Offiziersverband als bestehend anerkannt.

Die Arbeitsgruppe.

Nach der Ansicht einiger hervorragender Mitglieder der Arbeitsgruppe wird die Dumafraktion der Arbeitsgruppe aus nicht weniger als 100 Mann bestehen. Sowohl die telegraphischen als auch die Zeitungsmeldungen seien falsch gewesen: viele Abgeordnete, die unbedingt zur Arbeitsgruppe gehören, seien unter die Rubrik „unbestimmt Linke" eingerechnet worden, viele unter die Kadetten, einige unter die Sozialrevolutionäre. — Viele der Deputierten der Arbeitsgruppe sind bereits in Petersburg eingetroffen. Die Zentralgruppe in Petersburg hat ein Lokal gemietet, in dem ein Klub zu privaten Beratungen der Deputierten eingerichtet werden soll.

Hunger-Demonstration.

Die politischen Gefangenen eines Gefängnisses in der Provinz haben sich an das Zentralkomitee der Russ. Soz.-Dem. Arbeiterpartei mit dem Vorschlag gewandt, daß am Tage der Eröffnung der Reichsduma in allen russischen Gefängnissen eine allgemeine Hungerdemonstration der politischen Gefangenen mit der Forderung der Amnestie veranstaltet werden solle. Das Zentralkomitee der Partei solle die Initiative der Organisierung dieser Demonstration auf sich nehmen.

Das Zentralkomitee hat eine derartige Demonstration für unzweckmäßig und technisch unausführbar befunden, wovon die betreffende Gruppe der Gefangenen, die den Vorschlag eingebracht hatte, unverzüglich in Kenntnis gesetzt wurde.

Partei-Angelegenheiten.

Wir marschieren. Die Redaktion des Bochumer Volksblatts hat, um den gesteigerten Anforderungen an den Inhalt des Blattes zu genügen, außer dem Genossen Steinkamp, der als Nachfolger Pinzweilers eingetreten ist, noch den Genossen Leimpeters als Redakteur angestellt. — Die „Münchener Post" sucht zur Erweiterung ihres Redaktionsstabes einen politischen und einen Lokalredakteur.

Die „Frankfurter Volksstimme" plant eine bedeutende Vergrößerung ihrer Druckerei durch Ausbau des bisherigen Geschäftsgebäudes und Aufstellung mehrerer neuer Maschinen.

Die „Rheinische Zeitung" in Köln erscheint seit dem 1. März täglich mindestens achtseitig. Die Abonnentenzahl unseres Kölner Bruderblattes, das bekanntlich in einem ausschließlich katholischen Gebiete seine Verbreitung hat, ist in einem ununterbrochenen Aufsteigen begriffen. Seit der Reichstagsauflösung am 13. Dezember wuchs die Abonnentenzahl um mehr als 2000.

„Die Brandenburger Zeitung" meldet weiteres Steigen ihrer Leserzahl infolge eifriger Hausagitation. Sie zählt 13,122 Abonnenten.

[illegible] zu verstehen waren. „Russischen Geschichten" [illegible] [illegible] zur Initiative".

[illegible] der russischen Generale [illegible] den Grund [illegible] zu beruhen, und wenn die Offiziere [illegible] [illegible] der Oberkommandierende [illegible] [illegible] [illegible] mit dem Rechte der Initiative [illegible] [illegible] Das Strategem [illegible] [illegible] der Oberkommandierende [illegible] [illegible] Die russische Armee [illegible] [illegible] der Oberkommandierende der Unbeweglichkeit [illegible] [illegible] Krieg [illegible] [illegible]

Intelligenz, er war auch, wie aus der Schilderung [illegible] deutlich zu ersehen [illegible] der [illegible] tadellos im [illegible] eingreifenden [illegible] [illegible] Gestell, [illegible] der notwendigen [illegible] [illegible]

Rußland muß mit ihnen wieder über eine [illegible] Armee verfügen, wenn es seinen Offizieren [illegible] Selbständigkeit [illegible] [illegible] [illegible] Möge diese Lehre nicht verloren gehen!"

(Frankfurter Zeitung.)

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Erfindung einer [illegible] Wetter. [illegible] [illegible]

Entdeckung einer Silbermine aus der Römerzeit. [illegible] [illegible] verlassenen Hauptstadt auf; er untersuchte die letzteren und fand, daß die alten Weltbeherrscher die Silbergewinnung nur ganz oberflächlich betrieben und daneben das vielfach vorhandene Blei vollständig vernachlässigt hatten. Die Schlacken betragen 1,250,000 Tonnen und enthalten 6—10 v. H. Blei, in den letzteren aber finden sich per Tonne [illegible] 2 Klgr. reines Silber. Auch archäologisch ist die Entdeckung von Interesse. Man hat Münzen mit dem Bildnis des Kaisers Hadrian gefunden, dazu Grubenlampen von gebranntem Ton.

Aus aller Welt.

Schiffsunfälle. Eine ganze Anzahl Schiffsunfälle werden vom Sonntag berichtet: Der Hamburger Hochsee-Fischdampfer „Schillighörn", der den englischen Dampfer „J. R. Smith" in den Grund rannte, ist in Hamburg eingelaufen. Dem Dampfer ist der Steven vollständig gebrochen und der Bug oberhalb der Wasserlinie völlig eingedrückt. Das Schott hat dicht gehalten, sodaß der Dampfer vor dem Sinken bewahrt wurde. Die gerettete Mannschaft des englischen Dampfers berichtet, daß sie 20 Seemeilen nordwestlich von Helgoland in dichtem Nebel vom „Schillighörn" an Steuerbordseite mit solcher Heftigkeit getroffen wurden, daß ihr Schiff sich augenblicklich mit Wasser zu füllen begann und in kurzer Zeit sank, nachdem die Mannschaft sich in Rettungsbooten nach dem Hamburger Dampfer gerettet hatte. Bald nach der Katastrophe lichtete sich der Nebel. Auf der Höhe von Tonne sind die beiden deutschen Dampfer „Marsala" und „Helene" zusammengestoßen. „Marsala" erlitt große Beschädigungen, konnte aber noch [illegible] fahren. „Helene" wurde bei [illegible] gekentert. Acht Personen werden vermißt.

Der Hamburger Dampfer „Marsala" hatte bei [illegible] einen Zusammenstoß mit dem [illegible] einer englischen, jetzt einer italienischen Reederei gehörigen Dampfer „Congo". Dampfer Congo sank. Sieben Mann der Besatzung und der Kapitän retteten sich an Bord der „Marsala", die mit schweren Beschädigungen in Hamburg eingetroffen ist. Die übrigen 25 Mann der Besatzung des „Congo" und der Hamburger [illegible] Eppendorf sind, wie man glaubt, ertrunken.

Der Dampfer „Rapallo" der Hamburg-Amerikalinie stieß in der Nacht zum 3. März vor [illegible] mit dem dänischen Schoner „Thekla", der eine Steinladung hatte, zusammen. Die Mannschaft der „Thekla" rettete sich an Bord der „Rapallo". „Thekla" ist voll Wasser [illegible] worden.

Sonntag Abend wurde ein großer Dampfer beobachtet, der [illegible] sank. Kurz darauf landeten zwei Boote mit [illegible] Seeleuten, welche mitteilten, daß es ein deutscher Dampfer mit einer Ladung von

Das „Volksblatt für Saalfeld" ist auf 7500 Abonnenten gekommen und wird, da bei der rapiden Steigerung die bisherigen Maschinen nicht mehr ausreichen, gezwungen, zum 1. Mai eine neue Maschine anzuschaffen.

Von den Organisationen. Eine außerordentliche von 80 Delegierten besuchte Kreiskonferenz des Wahlkreises Haagen-Schweim beschloß u. a., den Monatsbeitrag von 30 auf 40 Pfg. pro Monat zu erhöhen. Ab 1. Mai soll für den Kreis ein Parteisekretär angestellt werden. Seit Oktober vorigen Jahres ist die Zahl der organisierten Genossen von 855 auf 1800 gestiegen.

Zur Etatsrede des Genossen Bebel schreibt die „Märkische Volksstimme": „Die große Reichstagsrede Bebels über die Stellung der Sozialdemokratie in der deutschen Politik finden unsere Leser in dem heutigen Reichstagsbericht. Wir empfehlen sie dem eingehenden Studium unserer Genossen, damit sie in der Lage sind, die Vorwürfe der Gegner über die verneinende Haltung der Sozialdemokratie zu entkräften. Gleichzeitig möchten wir an den Parteivorstand das Ersuchen richten, diese Rede nach dem amtlichen Stenogramm so bald als möglich als Broschüre für die Verteilung möglichst im ganzen Reiche drucken zu lassen. Gegenüber den systematischen Verleumdungen durch unsere Gegner erscheint diese zusammenfassende Widerlegung durchaus notwendig." Auch wir schließen uns dem Vorschlage an, und hoffen auf eine baldige Herausgabe der Broschüre.

Unser Sündenregister. Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Genossen Sauerbeck, Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht", wegen angeblicher Beleidigung eines Pfarrers zu einer Woche Gefängnis. Eine Anzeige wegen Meineides, den der Pfarrer in dem Prozesse gegen Sauerbeck geleistet haben sollte, wurde durch Beschluß der Stuttgarter Strafkammer niedergeschlagen.

Vom Reichsgerichte aufgehoben wurde das Urteil des Magdeburger Landgerichts vom 12. Oktober vorigen Jahres, wonach unser Kollege Molkenbuhr zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er durch Abdruck eines Schriftstückes, welches Sätze aus einer Rede des Hamburger Scharfmachers Lummert enthielt, das Urheberrechtsgesetz übertreten haben sollte. Gegen das Urteil wurde Revision beim Reichsgericht eingelegt und dieses hob in seiner Sitzung vom Freitag dasselbe auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Nach diesem Spruche des Reichsgerichts wird man mit einiger Sicherheit annehmen dürfen, daß das Landgericht Magdeburg diesmal zu einem freisprechenden Urteil kommen wird.

Vom Schöffengericht Chemnitz wurde Sonnabend der Verantwortliche der „Chemnitzer Volksstimme", Genosse Max Müller wegen angeblicher Beleidigung eines Fortbildungsschullehrers zu 100 Mark Strafe verurteilt.

Einen Kirchenrat und die gesamten Lehrer von Stadtilm soll Genosse Zorn vom „Saalfelder Volksblatt" beleidigt haben durch Abdruck eines Artikels, in welchem er die Praktiken eines Gesanglehrers, der einem Arbeiterkinde mit dem Geigenbogen in den Mund gefahren war, weil es beim Gesange den Mund angeblich nicht weit genug aufmachte, geißelte. Ein anderer Lehrer wieder fühlte sich durch die Bemerkung beleidigt, daß er einer Mutter, die wegen ihres Kindes beim Lehrer vorstellig wurde, wenig rücksichtsvoll entgegengetreten sei. Dem Artikel liege ein wahrer Vorfall zu Grunde, doch sei er aufgebauscht, so sagte das Gericht in seiner Urteilsbegründung, und darum 20 Mark Geldstrafe.

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung der Haller Schoß-Schuhmacher. Um die überaus traurige Lage der Schuhmacher etwas zu verbessern, haben die Gesellen Forderungen an die Unternehmer eingereicht.

Zu den Berliner Aussperrungen. Die aussperrungslustigen Berliner Unternehmer haben am Freitag und Sonnabend angefangen, zu ihrem großen Schlage gegen die Arbeiterorganisationen auszuholen. So bei den Tapezierern und Schneidern. Bei den Holzarbeitern sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Bei den Automobilführern sind Aussichten vorhanden, daß die Aussperrung ihrem baldigen Ende entgegengeht. Die kleinen Unternehmer haben ihren halsstarrigen Standpunkt schon verlassen, nur noch einige „große" beharren auf ihrem Standpunkt.

Die Maler und Anstreichergehilfen in Aachen sind ausgesperrt worden. Veranlassung hierzu gaben Tarifstreitigkeiten.

Die Schneider und Gärtnergehilfen Basels sind in eine Bewegung zwecks Erhöhung des Lohnes eingetreten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. März.

Geschichtskalender.

5. März.

1534 Der Maler Antonio Allegri da Correggio in Correggio (Modena) †.
1816 Der Dichter Wolfgang Müller in Königswinter *.
1821 Die Emanzipation der Katholiken in England.
1827 Der Physiker Alessandro Graf Volta in Como †.
1848 Die Heidelberger Patriotenversammlung, in der die Berufung eines deutschen Parlaments angebahnt wird.

Der Ausfall der Reichstagswahlen im Sozialdemokratischen Verein.

Am Montag wurde die Debatte über den Vortrag des Genossen Zahn zu Ende geführt, es beteiligten sich daran noch eine größere Anzahl von Genossen. Wir beschränken uns aber auf die Wiedergabe der noch zutage getretenen neuen Gesichtspunkte.

Genosse Neukirch führte aus, wie wenig der Wahlausfall in Breslau auf einzelne Personen zurückzuführen ist, das zeigt unsere Niederlage im ganzen Reiche. Allerdings habe diesmal die Leitung in Händen anderer Männer als früher gelegen. Es fehlten uns die Genossen Bruhns, Löbe und Kühn, die bereits mehrere Wahlen geleitet hatten und von ehemaligen Wahlmachern habe nur Genosse Brandt auch diesmal im Wahlkomitee gesessen. Gearbeitet ist aber in Breslau geworden wie bei keiner früheren Wahl, weil sich das Komitee des Ernstes der Situation wohl bewußt gewesen ist. Zehn Tage nach der Reichstagsauflösung gingen bereits das erste Flugblatt hinaus, das zur Einsichtnahme der Wählerlisten aufforderte. 7000 Personen, die daraufhin im Wahlbureau erschienen, bewiesen, daß diese Agitation nicht ohne Wirkung geblieben war. 15- bis 17,000 Namen wurden außerdem noch auf Sammellisten behufs Einsichtnahme in die Wählerlisten eingereicht. Am 30. Dezember hatten wir fünf gut besuchte Versammlungen. Es sind ferner noch drei Flugblätter herausgegeben worden, abgesehen von zwei Flugblättern für Post- und Eisenbahnbeamte. Insgesamt haben wir eine halbe Million Flugblätter verteilt. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfs haben noch achtzehn große Wählerversammlungen und zwei Frauenversammlungen stattgefunden, die alle sehr stark besucht waren. Die Arbeit am Tage der Wahl ist vorher bei uns einzeln organisiert worden, so daß am 25. Juni 1300 Personen auf dem Posten standen, der ihnen vorher angewiesen war. Rechnen wir die Genossen dazu, die sich noch am Wahltage selbst erst zur Mitarbeit meldeten, dann ergibt sich, daß 2000 Genossen Wahlhilfe geleistet haben. Unsere Bezirks- und Distriktseinteilung hat sich gut bewährt, und wenn wir nur die Mandate errungen hätten, würde sich kein Genosse finden, der meinte, es sei zu wenig gearbeitet worden. Unsere Gegner haben nun eben auch gelernt, Wahlen zu machen. Agitieren wir, bilden und fördern wir uns selbst und unterstützen wir uns gegenseitig, dann wird die Scharte auch wieder ausgewetzt werden.

Genosse Heymann weist ebenfalls darauf hin, daß genügend gearbeitet worden sei. Im Jahre 1898 holten wir beide Kreise im ersten Rennen, hätten wir sie aber damals verloren, dann hätte mit Recht gesagt werden können, es sei zu wenig getan worden, nicht aber diesmal. Auch der sogenannte Ton ist es nicht gewesen, der uns die Niederlage brachte, denn in Berlin ist der Ton nicht anders, und wir siegten dort. Freilich müssen wir den Gegnern gegenüber nicht immer bloß mit dem Säbel rasseln, wir müssen ihn insbesondere solange für einen anständigen Menschen halten, bis wir uns im einzelnen Falle vom Gegenteil überzeugt haben. Was uns am meisten geschadet hat, ist die bürgerliche Presse, vor allen Dingen die unparteiische. In Breslau wird der „Generalanzeiger" von 80,000 Menschen gelesen und 75 Proz. hiervon sind Arbeiter. Viel weniger haben wir die intelligenteren Mitläufer aus dem Bürgertum verloren als die Generalanzeigerleser aus der armen Bevölkerung. In sechs Großstädten hat die unparteiische Presse soviel Leser als die sozialdemokratische Presse in ganz Deutschland. Hier muß einmal energisch der Hebel angesetzt werden und zwar dürfen wir es nicht in Breslau allein tun, es ist vielmehr Sache des Parteivorstandes, eine allgemeine Bewegung gegen die Generalanzeigerpresse einzuleiten. Wenn wir in unserer Partei reorganisieren wollen, dann müssen wir beim Kopfe anfangen. Im Parteivorstande müssen einzelne Dezernate eingerichtet und von den jeweils geeignetsten Genossen geleitet werden, und nicht, daß wie bisher der ganze Vorstand für alles da ist. Wir in Breslau wollen dafür sorgen, daß wir bis zur nächsten Wahl in jedem Kreise 10,000 organisierte Genossen und 20,000 Volkswachtleser haben.

Genosse Schütz verbreitet sich in eingehender Weise über die Wahltaktik der Gegner. Die Schulen wurden sogar dazu benützt, um Flugschriften gegen die Sozialdemokratie unter der Bevölkerung zu verbreiten. Seit 1878 haben die Gegner nicht mehr so skrupellos gearbeitet als diesmal. Gelogen wurde gegenüber der ärmeren Bevölkerung wie nie zuvor. Den armen Webern im Kreise Reichenbach-Neurode redete man vor, die Sozialdemokraten seien schuld, daß es ihnen so schlecht gehe; weil wir so viel Sozialdemokraten im Reichstage hätten, deshalb seien die Lebensmittel so teuer usw. Und die Armen, die kein Geld haben, um eine Zeitung zu lesen, glaubten dies und sagten sich: bis jetzt ist es uns so schlecht gegangen, weil wir sozialdemokratisch gewählt haben, da wollen wir einmal sehen, ob's nicht besser wird, wenn wir einen Zentrumsmann in den Reichstag schicken. Im Waldenburger Kreise redete man den Bergarbeitern vor, die Sozialdemokraten wollten ein Reichsberggesetz haben, um damit den Arbeitern Schaden zuzufügen. Um die Arbeiter nun aber vor Schaden zu bewahren, würde man es lieber im Abgeordnetenhause machen, das sei besser so, und auch damit würden vereinzelte Gläubige gefangen. In der vorigen Versammlung wurde gesagt, wir leisteten zu wenig praktische Arbeit. Im „Vorwärts" und der „Volkswacht" ist doch aber erst kürzlich in langen Artikeln aufgezählt worden, was von uns an praktischer Arbeit geleistet wurde, aber gerade die praktische Arbeit war es, die die Gegner gegen uns aufbrachte. Unsere Gegner brauchen nicht allzustolz sein auf ihren Sieg, den sie mit ihrem im Grade der Infamie [illegible] erreicht haben. Einige Mitläufer sind wie bei [illegible] ist uns aber, wie immer, zugekommen.

Genosse Burgund: Im Jahre 1898 handelte es sich bei der Wahl um den Zolltarif, und dieser traf das wahre Interesse der ärmeren Bevölkerung in höherem Maße noch, als die Kolonialfrage. Das Kleinbürgertum glaubte, von den Kolonien auch einmal einen kleinen Nutzen abbekommen zu können. Der schlechte Ton existiert bei uns nicht so sehr als bei den Gegnern. Man denke doch nur an das, was die „Schl. Morgenztg." aus Anlaß des Empfanges von Gen. Löbe schrieb. Am bequemsten hatten es diesmal bei der Wahl die „Generalanzeiger"-Leser. Diese brauchten gar nicht zu denken, sie bekamen ihren Kandidaten vorgesetzt, als den geeigneten Mann für alle Parteien.

Es folgten sodann Auseinandersetzungen über Einzelheiten aus den Reden der vorigen Versammlung. Genosse Radlof bemerkte, daß er zum Teil mißverstanden worden sei. Er habe nicht gesagt, die Partei leiste zu wenig praktische Arbeit, er meine aber, es müsse hiervon mehr als bisher geleistet werden. Genosse Brandt verteidigte seinen früheren Standpunkt. Genosse Albert wies darauf hin, daß an der Haltung der „Volkswacht" Ausstellungen gemacht würden, ohne daß man aber auf einzelne Artikel verwiesen habe. Genannt wurde nur die „Hundegeschichte". Für das kleine Städtchen Hirschberg aber, wo man das Militär geradezu vergöttert, habe es etwas zu bedeuten, wenn ein Offizier am hellen Tage auf offener Straße wegen eines begangenen Unrechts zur Rede gestellt wird. Genosse Schramm verteidigte sich gegen den Vorwurf, an anderen Fehlern gesucht und selbst praktisch nicht mitgearbeitet zu haben und verweist darauf, daß er und viele Andere bei der Flugblattverbreitung die schwersten Landtouren übernahmen. Genosse Rother spricht dem Wahlkomitee seine Anerkennung aus. Gearbeitet worden sei zur Genüge. Anlaß zur Kritik wird es immer geben, die Hauptsache ist, daß diese Kritik von Wohlwollen für die Partei getragen ist.

Als letzter Redner sprach Genosse Kaul, der sich über den Wert des Parlamentarismus im allgemeinen verbreitete und ihn als notwendiges — und zurzeit wenigstens wichtigstes — Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiter schilderte. Deshalb muß die Partei darauf sehen, ihre Position im Parlament wieder zu stärken. Wir müssen fleißig arbeiten, bei der Agitation aber müssen wir die Ideale unserer Gegner als solche achten, sonst stoßen wir diejenigen zurück, die im Begriff stehen, zu uns zu kommen.

Genosse Zahn führt zum Schluß aus, durch vieles Reden allein ändern wir noch nichts, gehen wir deshalb nun daran, Taten zu vollbringen.

Der Kompromißabgeordnete für Breslau-Ost,

Herr Fürst Hatzfeld, hat es bereits mit einem Teile seiner Wähler, und zwar mit den gestrengen Herren vom Zentrum, gründlich verdorben. Er hatte es gewagt, entgegen seinem Fraktionsgenossen Gamp, der die Neigung verriet, früher oder später wieder mit dem Zentrum zu arbeiten, dem letzteren eine förmliche Absage zu erteilen. Das darf nicht ungerochen bleiben. In der „Köln. Volksztg.", die den schlesischen Magnaten an sich nicht hold ist, erhielt der Fürst zuerst eine derbe Abfertigung: es sei doch eine eigentümliche Art, die der Herr beliebe, sich für die Unterstützung der Breslauer Katholiken dankbar zu erweisen. Und nun stimmt auch die „Schles. Volkszeitung", die sich mit ihrer feindlichen Schwester vom Rhein wieder ausgesöhnt hat, in die Drohung ein, daß man es dem Abgeordneten für Breslau-Ost noch wird beweisen können, wie sehr er von der Gefälligkeit des Zentrums abhängig ist. Wer vom Brote des Zentrums ißt, der muß daran sterben. Der Traum von der schönen Einigkeit der „Breslauer Morgen-Zeitung", von dem Herr Hatzfeld noch am Freitag so schön fabulierte, wird bald ganz ausgeträumt sein.

Modernes Vandalentum.

Bald zwei Jahrtausende sind dahingegangen, seit der Volksstamm der Vandalen im schätzereichen Rom so fürchterlich hauste, aber der Geist dieser Vandalen lebt noch heute fort, und auf Schritt und Tritt begegnen wir seinem kulturfeindlichen Wirken.

Der Kapitalismus frägt nicht danach, ob er, um sich ausdehnen zu können, Schönheitswerte vernichtet oder nicht. Gerade im Straßenbilde alter Städte mit alter hoher Kultur können wir das oft genug bemerken. Mußte nicht in Breslau die „Krone", der schönste Renaissancebau, den wir besaßen, fallen, um einem modernen „Pracht"bau Platz zu machen. Mußte nicht das „weiße Vorwerk" auf der Klosterstraße aus seiner intimen, idyllischen Abgeschiedenheit gerissen werden, weil die Bauspekulation die Anlage neuer Straßen verlangt? Und wie oft sehen wir nicht das schönste Straßenbild verunstalten durch einen nüchternen Warenhausbau, durch eine Fassade über und über mit Reklame-„Malereien" bedeckt!

Noch schmerzlicher aber berührt uns dieser Vandalismus, wenn er sich gegen die Gaben der Natur richtet, die doch gerade uns Großstädtern in so überaus spärlicher Zahl beschert sind. Langsam beginnt schon der Frühling sich zu rüsten und bald wird es grün werden. Wie freuen wir Großstadtkinder uns da über jeden einzelnen Baum, der verlassen in unserem Hofe steht, wie sorglich achten wir auf sein Gedeihen und Wohlbefinden! Und dann muß er plötzlich weichen, weil die Bauspekulation auch den kleinsten Raum glaubt ausnützen zu müssen. Noch schlimmer aber ist es, wenn ganze Städte dem tollenden Kapital rücksichtslos geopfert werden. Wie viele dieser herrlichen Baumanlagen, wenn wir sie auch meist nur über den Zaun hinweg bewundern durften, haben wir mit Schmerzen nicht vernichten, rücksichtslos niederschlagen sehen?

Und nun wird schon wieder einer geopfert. Zwischen Tauentzienstraße, Museumsplatz und Stadtgraben, angrenzend an den monumentalen Kuppelbau der Synagoge, liegt das Fichbornsche Grundstück, eine kleine Villa mit einem herrlichen großen Garten. Wie wir bereits kurz berichtet haben, ist auch er dem Untergange geweiht. Leute, die über Millionen verfügen, wollen auch aus ihm Millionen gewinnen. Und weil eine Behörde, weder eine staatliche noch eine städtische, sich nicht fand, um diese Millionen zu zahlen, da wird das Grundstück rücksichtslos der Spekulation preisgegeben, es wird parzelliert, Straßen werden hindurch gelegt, und nicht lange wird es dauern, daß dort, wo wir so oft am herrlichen Grün der Bäume und Sträucher uns ergötzten, sich die starren Fronten moderner Mietskasten breit machen werden. Schon beginnt man die alten Bäume niederzuschlagen, um die Verlängerung der Agnesstraße hindurch zu führen. Gerade jetzt, wo in ihnen der Saft des neuen Lebens zu treiben begann, hat man sie zu Boden gefällt; nie mehr werden sie grünen, und die Nachtigall, die in ihren Zweigen noch Rast zu süßem Minnespiel gefunden hatte, wird hier ihre schluchzenden Liebeslieder nicht mehr erschallen lassen.

Wahrlich, wir haben alle Veranlassung gegen solchen Vandalismus mit aller Kraft anzukämpfen. Dem preußischen Landtage wird demnächst ein Gesetzentwurf der Regierung vorgelegt werden,

---

Apfelsinen und Wein sei, der auf der Höhe von Goodwin Sands einen Zusammenstoß gehabt habe. Zwar sei der Maschinenraum dicht, doch liege das Schiff mit dem Vorderteil tief im Wasser. Der Kapitän sei mit zwei Ingenieuren und dem Rest der Besatzung in einem Boote davongeblieben, da er fürchte, daß der Dampfer weitersinken werde. Ein Schleppdampfer wurde zur Hilfeleistung abgesandt.

Im Kanal herrscht dichter Nebel. Dem Dampfer „Vaderland" von der Red Star Line, welcher auf Goodwin Sands aufgelaufen ist und Passagiere an Bord hat, sandte der Hafenmeister einen Schleppdampfer zu Hilfe. Von zwei anderen Dampfern wurde gleichfalls gemeldet, daß sie aufgelaufen sind.

„Imperial" meldet aus Port Vendres, daß der französische Kreuzer „Jordin" von der Unfallstelle des gestrandeten Kreuzers „Jean Bart" dort eingetroffen ist und die Nachricht mitgebracht hat, daß das Schiff vollkommen verloren ist. Nur die Maschinenanlagen dürfen gerettet werden können. Der „Jordin" wird mit Lebensmitteln für die Schiffbrüchigen zu dem gestrandeten Kreuzer zurückkehren.

„Marsala" und „Helene" zusammengestoßen.

Eine Tigerattacke auf einem Rummelplatz. Der „Rummelplatz" an der Bahnstraße in Berlin war am Montag der Schauplatz einer Tigerattacke. Unter den dortigen Schaubuden befindet sich seit einiger Zeit auch eine Menagerie. Der 34jährige Tierbändiger Julius Gärtner hatte am Morgen den Tiercharakter zu streichen wollen. Der Tiger zeigte sich unruhig. Als G. dem Gitter nahte, wurde er von dem Tiere an der rechten Hand erfaßt. Der Menagerieinhaber sprang hinzu und trieb den Tiger mit einer eisernen Stange von seinem Opfer weg. Die Hand des Bändigers war mit zahlreichen Ri- und Fleischwunden versehen. Ein Arzt in der Nachbarschaft leistete dem Schwerverletzten die erste Hilfe.

Ein Opfer der Wissenschaft. Der in Kronstadt bei seinen Forschungen über die Cholera erkrankte Arzt des 2. sibirischen Regiments, Schreiber, ist gestorben. Die Leiche wurde verbrannt.

Im Untersuchungsgefängnis vergiftet. Im Untersuchungsgefängnis in Moabit hat sich Montag der frühere Arzt Immanuel Röthgen aus Köln vergiftet. R. wurde wegen Betrugs von Betäubungen und wegen Entziehung von einer ihm in Köln zuerkannten Geldstrafe am Sonnabend verhaftet. Er hatte seit Jahren in Köln, wo er sich den Titel eines Professors beilegte, Betrügereien im großen Stile betrieben und wurde aus dem Ärztestande ausgestoßen. Trotz der sorgfältigsten Kontrolle seiner Kleidung gelang es Röthgen, Gift mit in die Zelle zu nehmen und Selbstmord zu verüben.

Gasexplosion in einer Gasometerfabrik. Die nördliche Umgebung des Alexanderplatzes in Berlin war Montag früh der Ort einer heftigen Explosion. Gegen 6½ Uhr erdröhnte eine starke Detonation, daß selbst die Häuser erzitterten. Es stellte sich bald heraus, daß in der Gasmesserfabrik von S. Elster in der Litzmannstraße 28 eine Gasexplosion stattgefunden hatte, bei der mehrere Personen verletzt wurden. Alle benachbarten Häuser zeigten an den zerbrochenen Fensterscheiben die Spuren des gewaltigen Luftdruckes.

Kleine Chronik. Am 4. März, Nachmittags, brach in der Verkaufsstelle der Radeberger Hutfabrik Fezer aus, das bald das ganze Haus ergriff. Sechs Personen wurden von der Feuerwehr gerettet. — Auf der Grube Tudweiler stürzte heute Vormittag infolge Versagens der Bremse an der Fördermaschine der Förderkorb mit 33 Mann in die Tiefe. Zwei Mann sind tot, einer wurde verletzt. — Montag Morgen wurde in Koblenz nach schwerem Kampfe mit Kriminalbeamten und Schutzleuten der Trierer Kirchenräuber Monteur Mosert aus Düsseldorf auf der Straße verhaftet, nachdem er durch mehrere Schüsse einen Schutzmann verwundet hatte. — Infolge zu großer Glätte der Schienen konnte ein in die Station Gnoien einfahrender Güterzug nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden und fuhr demzufolge durch einen Lokomotivschuppen durch, indem er die Tür und die Hinterwand des Gebäudes durchbrach und eine im Schuppen stehende Lokomotive mit sich fortriß. Der Lokomotivführer und Heizer retteten sich durch Abspringen und kamen mit geringen Verletzungen davon. Der Materialschaden ist erheblich. — In der letzten Nacht sind zwischen Töll und Martin bei Innsbruck zwei Arbeiter über die Felsen auf dem Bahndamm der Birkenbahn abgestürzt. Früh wurde der eine tot, der andere schwer verletzt vom Bahnwärter aufgefunden. — Das Semlinner Zentralhotel ist niedergebrannt. Die Hofgänge konnten sich nur mit Lebensgefahr retten, mehrere von ihnen wurden verwundet. Der Schaden ist bedeutend. — Ein Erdrutsch von großer Ausdehnung droht die Stadt Montemurro bei Potenza zu zerstören. Die Geröllmassen bewegen sich wie Lava fort. Man fürchtet, daß der dem oberen Teile der Stadt vorgelagerte Berg die Erdbewegung nicht wird aufhalten können. Die Bewohner haben die Häuser verlassen und kampieren im Freien. Der Präfekt entsandte Militär zur Hilfe in die bedrohte Stadt. — Ein origineller Gaunerstreich ist Sonntag Nacht in Paris verübt worden. Der bürgerliche Unterstaatssekretär Chéron hat die viel belächelte Gewohnheit, Nachts Kasernen zu überrumpeln und zu untersuchen. Das machte sich ein verwegener Strolch zu Nutzen, denn vorige Nacht in einen Schlafsaal des 76. Infanterieregiments in der Chatoudrau-Kaserne ging von Bett zu Bett, den erwachenden Soldaten gnädig bedeutend, sie sollen nur ruhig weiterschlafen, und ging nach eingehender Inspektion leutselig, jede Begleitung abwinkend, von dannen. Am folgenden Morgen stellte man fest, daß zahlreiche Uhren und Geldbörsen unter den Kopfkissen hervor entwendet worden waren.

der Ortschaften und landschaftlich hervorragende Gegenden gegen Verunstaltungen schützen soll; wir wünschen, daß dieses Gesetz auch einen wirksamen Schutz gegen das Niederschlagen von Gärten und Baumanlagen gewähren möchte.

---

* **Die Ablegung der Gesellenprüfung** war eines jener Mittel, mit denen man den Niedergang des Handwerks durchaus aufhalten wollte. Viel gute Erfahrungen hat man aber damit anscheinend nicht machen können, aus dem einfachen Grunde, weil eine große Anzahl von Lehrlingen auf die angeblichen Vorteile, die ihnen die Ablegung der Gesellenprüfung bieten soll, gern verzichtet und sich nach Abschluß der Lehrzeit dieser Prüfung nicht unterzieht. Und die jungen Leute, die dabei doch auf den Erfahrungen ihrer Eltern oder ihrer Lehrgesellen fußen, haben nicht unrecht. Denn der größte Teil von ihnen wendet sich später doch der Fabrikbeschäftigung zu und kommt niemals in die Lage, die dem selbständigen Handwerker aus jener Prüfung angeblich ersprießenden „Wohltaten" einstens zu genießen. In der Fabrik fragt man nicht nach der Gesellenprüfung, und darum entspricht es auch nicht den Tatsachen, wenn der Breslauer Magistrat in einer Bekanntmachung, die zu regerer Beteiligung an der Gesellenprüfung ermuntern soll, behauptet, daß geprüfte Handwerksgesellen wesentlich höhere Löhne als ungeprüfte verdienen. Wir sind weit entfernt, von der Ablegung der Prüfung abzuraten; wer später die Befugnis haben will, Lehrlinge zu halten und anzuleiten (§ 129, Absatz 1 G.-O.), die Meisterprüfung abzulegen (§ 133 G.-O.), an der Regelung des Lehrlingswesen im Gesellenausschuß einer Zwangsinnung teilzunehmen (§ 100r, Absatz 2 G.-O.) oder zum Gesellenausschuß der Handwerkskammer gewählt zu werden (§ 130i, G.-O.), der muß die Prüfung abgelegt haben. Aber so besonders ausschlaggebend für das spätere Fortkommen des Proletariers ist sie nicht, denn wie alle Prüfungen garantiert auch die abgelegte Gesellenprüfung nicht die Leistungsfähigkeit des betreffenden Arbeiters. Wem diese am Herzen liegt, der sorge, daß der junge Handwerker sorgfältiger als bisher von seinem Meister ausgebildet werde, daß er wirklich Lehrling und nicht nur billige Arbeitskraft ist, dann bedarf es wahrlich keiner Prüfung.

* **Nachträgliches zur Lohnbewegung der Breslauer Tapezierer- und Dekorateurgehilfen.** Nachdem bereits eine größere Anzahl von Unternehmern die Forderungen der Gehilfenschaft unterschriftlich anerkannt und schon am letzten Lohntage nach den neuen Lohnsätzen entlohnt haben, einigte sich eine am Sonntag Vormittag im „Kühlen Strand der Oder" abgehaltene äußerst zahlreich besuchte Gehilfen-Versammlung dahin, daß bis Dienstag Morgen die Vereinbarungen allseitig anzuerkennen seien. Wo dies nicht geschieht, ist noch an demselben Tage eventuell die Arbeit niederzulegen, bezw. über den Betrieb die Sperre zu verhängen.

* **Gesperrte Straßen.** Wegen Verlegung von Wasserröhren bleiben vom 1. März ab auf die Dauer von 6 Wochen folgende Straßen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt: Die Schönstraße zwischen dem alten Brockauer Weg und der Dürrgoyer Straße und die Dürrgoyer Straße zwischen Schönstraße und Straße 77 des Bebauungsplans von Dürrgoy.

* **Zur Erinnerung an einen Breslauer Gelehrten.** Heute vor hundert Jahren, am 5. März 1807, wurde hier in Breslau ein bedeutender Gelehrter, Karl August Timotheus Kahlert, geboren. Nach Absolvierung des Maria Magdalenen-Gymnasiums studierte er an den Universitäten Breslau und Berlin Jurisprudenz und nebenbei noch Geschichte und Philosophie. 1829 wurde er Auskultator, später Referendar, doch gab er 1833 die Karriere auf, und wandte sich den schönen Wissenschaften zu. 1836 habilitierte er sich an der philosophischen Fakultät unserer Universität, erhielt bald darauf den Titel eines außerordentlichen Professors, und gab im Jahre 1846 [illegible] seine akademische Lehrtätigkeit auf. Am 29. März 1864 ist er verstorben. Von seinen Schriften ist besonders erwähnenswert sein Erstlingswerk „Schlesiens Anteil an deutscher Poesie".

* **Stadt-Theater.** Richard Wagners [illegible] „Götterdämmerung" gelangt heute, Dienstag, zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung. Herr Trostorff singt den Siegfried, Herr Thewaldt den Günther, Herr Döring den Hagen, Herr Keblinger den Alberich, Fräulein Seiffert die Brünhilde, Fräulein Widholm die Gutrune, Fräulein Reich die Waltraute. Die Rheintöchter werden von den Damen [illegible], Wittaim, Schreiber..., die Nornen von den Damen Reich, Schreiber..., Kappler gesungen. Das Werk steht unter Leitung der Herren Kapellmeister Prüwer und Oberregisseur Kirchner. (Anfang 7 Uhr.) Morgen, Mittwoch, wird Sudermanns Schauspiel „Die Heimat" in das Repertoire aufgenommen. Am Donnerstag geht [illegible] Oper [illegible] zum [illegible] Male in Szene. [illegible] „Tristan und Isolde" [illegible] (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend wird die [illegible] Kammersängerin Frau Marie [illegible] von der [illegible] Bühne [illegible] Gastspiel [illegible] „Samson und Dalila" singen. Die [illegible]

* **Im Lobe-Theater** wird heute Dienstag das [illegible] „[illegible]" zur Darstellung gebracht. Morgen, Mittwoch, geht [illegible] „Die lustige Witwe" in Szene. Am Donnerstag und Freitag finden Wiederholungen von „[illegible]", Sonnabend [illegible] „Lustigen Witwe" statt.

* **Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** [illegible] „[illegible]" [illegible] „[illegible]" [illegible] Dienstag [illegible] Donnerstag [illegible]

* **Humboldt-Verein.** [illegible] „[illegible]" und „[illegible]" [illegible]

[illegible] für den Humboldtverein [illegible] Sonnabend „Der Kompelmann" [illegible] VII., [illegible] zu haben [illegible]

* **Breslauer Schauspielhaus.** Heute Dienstag [illegible] „Das Lied vom braven Mann" statt. [illegible] Am Mittwoch [illegible] Operette „Der Holdlilä"? zum 25. Male zur Aufführung. [illegible] — [illegible] Mondl, zum [illegible] statt, zu [illegible] „[illegible]" [illegible] „Moderne Diplomaten" von [illegible]

Billets sind bereits an der Theaterkasse, sowie im Verkehrsbureau Barasch erhältlich.

* **Eine Schülertragödie.** In einem Abteil 2. Klasse des Zuges 710 Breslau—Posen, der den Breslauer Hauptbahnhof um 6 Uhr 10 Minuten früh verläßt, haben sich kurz vor der Einfahrt des Zuges in Scheblitz zwei junge Leute — wie es heißt Präparandenschüler — durch Revolverschüsse in den Kopf schwere Verletzungen beigebracht. Beide wurden bei dem Aufenthalt des Zuges in Scheblitz bewußtlos vorgefunden. Da auf der Station ärztliche Hilfe nicht vorhanden war, wurden die beiden Schwerverletzten mit nach Obernigk genommen. Hier wurden ihnen von dem inzwischen herbeigerufenen Badnarzt Verbände angelegt. Der eine der beiden, namens Draber, starb jedoch etwa eine halbe Stunde nach der Ankunft in Obernigk; die Leiche wurde in der Leichenhalle untergebracht. Der andere, mit Namen Wiesner aus Küstrin, wurde mit dem Zuge um 10 Uhr 31 Minuten Vormittags nach Breslau übergeführt, wo er in einem Krankenwagen, der von Obernigk aus telephonisch an den hiesigen Hauptbahnhof bestellt worden war, in das Allerheiligen-Hospital transportiert wurde. Ueber das Motiv der Tat hatte der Ueberlebende, der seit der Einlieferung in das Hospital bis zum Abend das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt hat, Schulden angegeben.

* **Erschossen** hat sich gestern Nachmittag auf einer Bank am Birkenwäldchen der Kellner Paul Knauer. Jahrelange Krankheit hat ihn offenbar zu diesem Entschlusse geführt. Den Genossen, die im Gewerkschaftshause verkehren, ist Knauer aus seiner Berufstätigkeit allgemein bekannt. Auch in seiner Gewerkschaft wie in der Partei hat er seinen Mann gestanden.

* **Straßendiebin.** Einem 6 Jahre alten Mädchen wurden auf der Taschenstraße durch eine Frau die goldenen Ohrringe in Herzform entwendet.

* **Gestohlen** wurden einem Kaufmann auf der Nadodstraße aus der Wohnung 70 Mk., aus einem Keller aus der Kronprinzenstraße 40 Flaschen Wein.

* **In die Oder gefallen.** Am 3. d. M., Abends, fiel ein Bäcker bei der Ueberfähre an der Fischergasse in die Oder. Ein Schiffseigner rettete den Mann.

* **Von der Treppe gestürzt.** Ein Arbeiter stürzte in einem Hause an der Tschepinerstraße die Kellertreppe hinab und zog sich eine klaffende Kopfwunde zu, die ihm in einer Feuerwache durch einen Arzt genäht werden mußte.

* **Unfälle.** An demselben Tage wurde auf der Bismarckstraße ein 7 Jahre altes Mädchen durch einen Straßenbahnwagen umgerissen, anscheinend aber nicht verletzt.

* **Lebensmüde.** Am 3. d. Mts., Abends, stürzte sich eine 17 Jahre alte Kellnerin beim Bismarck-Denkmal in den Stadtgraben, auf dessen Eisdecke sie liegen blieb. Sie wurde alsbald in Sicherheit gebracht.

* **Aufgefundene Leiche.** Am 3. d. M., Vormittags, wurde eine 52 Jahre alte Almosenempfängerin in ihrer Wohnung, Vorderbleiche Nr. 2 in ihrem Bette tot aufgefunden. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

* **Vermißt** wird seit dem 3. d. M. der 9 Jahre alte Schüler Hans [illegible], Teichstraße 27.

* **Brände.** Am 3. d. Mts., Nachmittags, wurde die Feuerwehr nach Schweidnitzerstraße 46 gerufen, wo im Keller neben der Zentralheizung Späne gebrannt hatten. — Am 4. März, Vormittags gegen 9½ Uhr erfolgte der Alarm nach Tiergartenstraße 47, wo im dritten Stock ein Essenbrand ausgebrochen war.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 2. u. 3. d. Mts 73 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: eine goldene Herrenuhrkette, ein goldener Ohrring und ein Damenschirm.

* **Abhanden** kamen: eine Rolle 50-Pfennigstücke im Betrage von 28 Mk., eine Damenuhr, eine Pferdedecke und ein Portemonnaie mit 5,90 Mk. Inhalt.

* **Mit Beschlag belegt** wurde eine silberne Remontoiruhr Nr. 132..

* **Gestohlenes Fell?** Am 2. d. M. kam ein Knabe in eine Fellhandlung am [illegible] und bot ein Kalbfell zu einem auffallend billigen Preise zum Kauf an. Der Händler schöpfte Verdacht und forderte den Knaben auf, ihn zu dem Fleischermeister, der ihm das Fell übergeben haben sollte, zu begleiten. Unterwegs machte der Knabe unter Zurücklassung des Fells die Flucht. Das Fell dürfte [illegible] aus einem Diebstahl herrühren.

Aus Schlesien und Posen.

Neuer Vertrag der Ortskrankenkassen mit den Aerzten in Liegnitz.

In der zwischen dem Liegnitzer Aerzteverein und den Krankenkassen [illegible] auf fünf Jahre abgeschlossenen Vertrag mit dem [illegible] März d. J. [illegible] und der Aerzte ein neuen Vertrag [illegible]. Dieser kam auf folgender Grundlage nach längeren Verhandlungen zustande:

Die Krankenkassen erkennen die beschränkte freie Arztwahl für ihre Mitglieder an und bewilligen ein Pauschale [illegible] Mitglied und Jahr von 3 Mark für die ersten drei Jahre, für die folgenden zwei Jahre eine Erhöhung um 25 Pf., [illegible] mit Ende des [illegible] Jahres dieses Vertrages [illegible] des Pauschale von 4 Mark erreicht ist. Jedoch [illegible] die Erhöhung an die Bedingung geknüpft, daß nach Ablauf der ersten drei Jahre dieses neuen Vertrages keine Erhöhung der Beiträge der gleichen Leistungen der Kassen eintreten muß. Daß es aber wahrscheinlich ist, daß die Einführung der freien Arztwahl, welche für die Krankenversicherungspflichtigen eine bedeutende Verbesserung ist, für die Kassen eine größere Belastung verursacht, so suchen die Kassen durch Einführung einer [illegible]kommission [illegible] der [illegible], sowie durch Anstellung von Krankenkontrolleuren die Mehrkosten, welche eventuell durch die Einführung der freien Arztwahl entstehen, wieder einzubringen zu können.

Eine neue Ordensniederlassung in Oberschlesien.

Aus [illegible] wird [illegible]: Ein [illegible] die [illegible] im [illegible] des [illegible] [illegible] in [illegible] worden. Die [illegible] ist auf die [illegible] einer Gesellschaft mit beschränkter [illegible], die [illegible] den [illegible]. Die Leitung der [illegible] wird durch [illegible] übernommen. Ein [illegible], [illegible], hat sich [illegible] niedergelassen, um die [illegible] des [illegible] und der Einrichtung der [illegible] zu übernehmen."

Es [illegible], daß die behördliche Genehmigung zu dieser neuen Ordensniederlassung bereits erteilt ist.

Waldenburg, 4. März. Der „Wissenschafts des Herrn Ermert." Im „[illegible]" [illegible] Ermert einen [illegible] „[illegible]" [illegible], der sich mit einem Vortrage beschäftigte, den unser Genosse Bergmann im Bergarbeiter-Verbande zu [illegible] über das „Kampf ums Dasein" gehalten hat. Ermert, der [illegible] und [illegible], hat den Vortrag [illegible] [illegible]. [illegible] die [illegible], als ob der [illegible] bei [illegible] gewesen [illegible] Vermu-ten vielmehr das Gegenteil, weil bei einem solchen Thema nicht nur der Laienstandpunkt, sondern auch der unserer großen Denker, wie Kant, Schopenhauer und Nietzsche, die auf diesem Gebiet zweifellos Autoritäten sind, zur Geltung kommen müßten. Ob Herr Bergmann die namhaftesten Werke dieser Literaten gelesen, und, wenn gelesen, auch — verstanden hat, wissen wir nicht; jedenfalls haben wir Veranlassung anzunehmen, daß Herr Bergmann in wissenschaftlicher Hinsicht den Anforderungen dieses Themas als Referent nicht gewachsen ist. Eine Behandlung dieses Themas von demagogischen Grundsätzen ist aber völlig verfehlt und führt zu ganz falschen Anschauungen im „Kampfe ums Dasein".

Also nur Herr Ermert ist der richtige Wegweiser, seine Gegner sind Demagogen. Nur Herr Ermert ist befähigt, ein solches Thema zu behandeln. Alle anderen haben nach ihm keinen blauen Dunst über den „Kampf ums Dasein", weder in wirtschaftlicher, noch in wissenschaftlicher Hinsicht. Falls die Lehrer hiesigen Kreises wieder einmal wie in früheren Jahren einen Vortrags-Zyklus arrangieren sollten, so brauchten sie sich nicht mehr um Autoritäten nach Breslau zu bemühen, hier haben sie den Pädagogen, wie er im Buche steht. Da Herr Ermert den Vortrag selbst nicht gehört, sondern nur Mutmaßungen kolportiert hat, haben wir keine Veranlassung, auf diesen selbst einzugehen. Denn wie er auch gelautet haben würde, ob er sich streng wissenschaftlich auf die Erfahrungs- und Erkenntnistheorie stützend, oder ob er sich mehr auf die wirtschaftlichen Kämpfe der verschiedenen Gesellschaftsschichten zu einander bezogen hätte, nach einem Herrn Ermert wäre er doch falsch. Nur einige Punkte wollen wir herausgreifen, ohne uns auf die Nebensächlichkeiten, worüber sich Herr Ermert entrüstet, einzulassen. Herr Ermert sagt:

Im „Kampfe ums Dasein" muß es jedem Individuum unbenommen bleiben, diesen Kampf so zu führen, daß er, unter möglichst geringer Müheaufwendung, doch möglichst viele Vorteile für den Betreffenden nach sich zieht. So lange sich die freie Betätigung der Kräfte in Bahnen bewegt, die nicht der allgemeinen Vorwärtsentwickelung hindernd im Wege stehen, mit anderen Worten: die Tätigkeit des Einen eine Betätigung des Andern nicht unterbindet, oder die Existenzbedingungen der einzelnen Menschen untereinander oder nebeneinander bestehen bleiben, darf auch dem einzelnen Individuum in der Betätigung seiner natürlichen Anlagen nicht der geringste Zwang auferlegt werden. (?) Eine Verletzung der Interessen der allgemeinen Vorwärtsentwickelung durch einzelne Personen darf natürlich ebensowenig geduldet werden.

Die Art des „Kampfes ums Dasein" ist natürlich ebenso verschieden, wie die menschlichen Charaktere selbst, und richtet sich in seiner Heftigkeit beim Einzelnen naturgemäß nach den Bedürfnissen des Einzelnen. Während der mit gar keinen oder doch nur mit wenig irdischen Gütern Gesegnete bei angeborenem Sparsamkeitssinn, Arbeitsfreudigkeit, Nüchternheit und Bescheidenheit den „Kampf ums Dasein" weniger hart und beschwerlich empfindet, wird der gegenteilige Charakter stets nur vom „grausamen Kampf ums Dasein" sprechen.

Wie nun Herr Ermert, wenn trotz Vorhandenseins und bei Anwendung aller dieser guten Eigenschaften der Betreffende oder das Individuum doch nicht die Sorgen um das Notwendigste zum Leben los wird, die ihn fortgesetzt bestricken, darf er da nicht sich mit seinen Klassengenossen, weil er als Einzelmensch gegen seinen Gegner, der alles allein haben möchte, nicht in die Waagschale fällt, verbinden, um so den Kampf ums Dasein erfolgreicher führen zu können? Wenn Herr Ermert das zugibt — und das wird er nicht bestreiten wollen, da er anderenfalls diesen das Recht, den Kampf ums Dasein zu führen, überhaupt absprechen würde —, so mag Herr Ermert zunächst bei sich und in seinen Reihen Umschau halten, ob man da nicht dem Gegner das Recht der freien Betätigung fortgesetzt unterbunden hat.

Findet er, daß sein und seiner Getreuen Schild in dieser Hinsicht blank ist, so steht es ihm gut an, zu reden. So lange aber Herr Ermert hierüber nicht den einwandsfreien Beweis erbringt, so würde es für ihn angemessener sein, nicht vor anderer Leute Tür zu kehren, wenn's vor der eigenen noch viel zu bekehren gibt.

Weiter ruft Herr Ermert seufzend aus: Wie lange wird es bei den niederschlesischen Bergleuten noch dauern, bis sie, solchen Treibens müde, den „Kampf" ums Dasein kämpfenden Führern die wohlverdiente — wenn auch ungewollte — Ruhe gönnen, indem sie einmütig aus dem sozialdemokratischen „Bergarbeiter-Verbande" aus- und in den „Reichstreuen Bergarbeiter-Verband" eintreten!

Das wird, was den Ermert so schwer im Magen liegt. Aber er wird lange warten müssen, ehe das eintrifft, was er so sehnlichst wünscht. Der „sozialdemokratische Bergarbeiter-Verband" wird weiter gedeihen und seine Führer werden dafür Sorge tragen, daß das lichtscheue Gewerbe des Ermert und Genossen den [illegible] Augen aufgedeckt wird.

Haynau, 4. März. **Proletarierlos.** In der Beilage der „Volkswacht" Nr. 45 vom 22. v. M. brachten wir unter obiger Spitzmarke eine längere Notiz, zu der uns jetzt eine Berichtigung zugeht. Es handelt sich um den Arbeiter Heinrich Lps, der, wie vermutet wird, Selbstmord verübt haben soll.

Das soll nicht der Fall sein. Die gerichtliche Sektion soll ergeben haben, daß L. infolge zu großer Anstrengung durch Laufen an Herzlähmung gestorben ist.

Der Verstorbene war in der Lederfabrik des Herrn Dortich seit fast 14 Jahren als Lederfärber beschäftigt. Da sein Augenlicht nachgelassen hatte, wurde L. am 14. Februar entlassen. Da sich für ihn bald eine passende andere Beschäftigung nicht fand, begab er sich am 15. Februar zu seiner in [illegible], Kreis Goldberg-Haynau, wohnenden Schwester, welche er schon lange Jahre nicht mehr gesehen hatte, um einige Tage bei derselben zuzubringen. Montag früh, am 18. Februar, trat er seinen Heimweg an und ist wahrscheinlich den Weg zu Fuß gegangen, denn in der Nähe der Haltestelle Hardtmannsdorf ist er durch die ungewohnten Strapazen des Weges und durch den heftigen Sturm, welcher an diesem Tage ganz enorm [illegible], von Herzlähmung befallen, worauf er verstorben, ehe ihm Hilfe geleistet werden konnte.

Liegnitz, 4. März. **Der Rittergutsbesitzer zu den Lehrern und dem Geistlichen.** Der „Liegnitzer Anzeiger" schreibt: Im Dorfe R. des niederschlesischen Wahlkreises L. war ein Rittergutsbesitzer und Oberst a. D. Wahlvorsteher. In seiner Ansprache an die Beisitzer, unter denen sich der Ortsgeistliche und zwei Lehrer befanden, sagte der Oberst a. D.: „Ich brauche euch auf die Pflichten eures Amtes wohl nicht besonders aufmerksam zu machen usw. usw." In ihrer Verblüffung fand keiner der Beisitzer eine Entgegnung auf die schneidige Anrede. — Darnach haben sie wohl auch die Behandlung verdient, die ihnen zu teil wurde.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Im [illegible] Forste bei Frankenstein wurde durch den Eisregen und [illegible] Sturm [illegible] in der Richtung der [illegible] erschlagen und der [illegible] schwer verwundet, sodaß an [illegible] gezweifelt wird. — [illegible] „[illegible]" ist am Sonnabend auf dem [illegible] der Königsgrube bei Königshütte der Maschinenwärter [illegible] an der [illegible] beschäftigt und steckte unvorsichtigerweise den Kopf in die Oeffnung des Schachtes. Der Kopf wurde ihm vollständig zerquetscht. — Die [illegible] Kreis Reichenbach [illegible] auf. In [illegible] wurden [illegible] [illegible] im [illegible]. Der Landrat des Kreises Reichenbach [illegible] zur [illegible] der [illegible] der [illegible] an. — In der Nacht zum 4. d. Mts. erhängte sich im [illegible] zu Ratibor der Lehrer [illegible] mittels eines [illegible]. [illegible], welche [illegible] zu [illegible], [illegible] die [illegible]. [illegible] Motiv der Tat wird Geistesstörung angegeben.